

Programm der PDS zur Bundestagswahl 1998

Für den politischen Richtungswechsel!

Sozial und solidarisch - für eine gerechte Republik!

Die Zeit ist reif. In den vergangenen anderthalb Jahrzehnten haben sich die Probleme der Bundesrepublik zunehmend verschärft. Mehr als sieben Millionen Arbeitslose, Zehntausende fehlende Ausbildungsplätze, Millionen Menschen in ungesicherten Arbeitsverhältnissen, schwer angeschlagene Renten- und Krankenversicherungen, desolate öffentliche Haushalte, eine tiefe Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland, zwischen Menschen mit deutschem Paß und ohne ihn - das ist die Bilanz der Regierung Kohl. Die gesellschaftliche Realität hat sich weit vom Anspruch des Grundgesetzes entfernt. Die Chance zur umfassenden gesellschaftlichen Erneuerung in Ost und West, die der Umbruch der Jahre 1989/90 eröffnet hatte, wurde wissentlich verspielt. Weder eine höhere Macht noch der Beitritt der DDR zur BRD haben zu dieser Misere geführt, sondern die neoliberale Politik von CDU/CSU und FDP. Ihre Regierungsmacht muß beendet werden!

Eine lebenswerte Zukunft braucht eine soziale, ökologische, ökonomische und geistige Erneuerung der Gesellschaft. Dafür tritt die PDS an. Sie will einen grundsätzlichen Politikwechsel, nicht nur eine andere Regierung. Sie ist konsequente Opposition gegen den herrschenden Neoliberalismus. Die PDS setzt der konservativen Politik parlamentarisch und außerparlamentarisch Widerstand entgegen und engagiert sich für Alternativen.

Die PDS ist die sozialistische Partei der Bundesrepublik. Sie nimmt in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen radikaldemokratische und antikapitalistische Positionen ein. Die Vorherrschaft von Kapital und Profitorientierung in der Gesellschaft betrachtet die PDS als die entscheidende Ursache der gesellschaftlichen und globalen Krisen. Menschliches Überleben, eine soziale, ökologische und kulturelle Perspektive verlangen gebieterisch weitreichenden gesellschaftlichen Wandel. Die Kapitaldominanz über die

gesellschaftliche Entwicklung zurückzudrängen ist dafür unerlässlich. Unser Ziel bleibt der demokratische Sozialismus - eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung des Einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist.

Durch die Politik der Kohl-Regierung sind absurde Verhältnisse entstanden:

Steigende Arbeitsproduktivität mehrt in der heutigen Gesellschaft in bisher ungeahnter Dimension den Reichtum. Zugleich nehmen Armut, Ungerechtigkeit, Massenarbeitslosigkeit und Ausgrenzung zu.

Die soziale Lage verschärft sich bedrohlich. Doch die Regierenden setzen weiter auf Privatisierung und Deregulierung, auf das entfesselte Wirken des Marktes, wo soziale Kälte und ökologische Blindheit herrschen, und betreiben Demokratieabbau. Eine Änderung dieser Verhältnisse erfordert demokratische Gestaltungskraft und eine einflußreiche gesellschaftliche Widerstands- und Reformbewegung.

Überall in der Gesellschaft wird rationalisiert. Doch die Gesellschaft als Ganzes wird immer irrationaler. Diese Art von Rationalität und Effektivität geht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger.

Die Regierungsparteien beschwören angesichts der gewaltigen ungelösten Probleme die Dringlichkeit von Reformen. Aber sie meinen die Rücknahme der einst mühsam erkämpften sozialen und demokratischen Kompromisse. Sie verkehren die Reformidee in ihr Gegenteil.

Dieses Land braucht Alternativen, die diese Bezeichnung wirklich verdienen. Dafür braucht die Bundesrepublik die PDS im Bundestag. Ohne gesellschaftliche Gegenwehr, ohne Druck von links werden SPD und Bündnisgrüne der Versuchung der Anpassung nicht widerstehen. Es gibt im Deutschen Bundestag keine andere Partei, die der Regierung so entschieden entgegentritt und für eine demokratische und sozial gerechte Republik streitet.

Die PDS ist die Partei, die seit Jahren mit Konsequenz und Kompetenz ostdeutsche Interessen vertritt und dadurch auch andere Parteien dazu drängt. Jede Benachteiligung Ostdeutscher, die im Bundestag thematisiert wurde, ist von der PDS zur Sprache gebracht worden. Gelegentlich folgten andere, zum Beispiel die SPD gegen das Rentenstrafrecht, das sie zunächst mit verabschiedet hatte. Im Konfliktfall ist hinsichtlich ostdeutscher Interessen nur auf die PDS Verlaß. Ohne PDS kommt Ostdeutschland als politischer Akteur im Bundestag nicht mehr vor.

Die gesellschaftliche Krise in Deutschland ist eng verbunden mit der anhaltenden politischen, ökonomischen und sozialen Spaltung des Landes. Krise kommt aus dem Griechischen und heißt Wende. Insofern liegt eine Erklärung für unsere Kompetenz auf der Hand: Die immer noch stark ostdeutsch dominierte PDS ist die einzige Partei Deutschlands mit aktuell durchlebter und gereifter Wendeerfahrung. Ihre Anhänger können aus eigenem Erleben die Vor- und Nachteile zweier Gesellschaftssysteme vergleichen und wollen die Forderungen des demokratischen Umbruchs 1989/90 erneuern. Das befähigt sie, die Erfahrungen des Scheiterns produktiv zu machen und künftiges Scheitern verhindern zu helfen. Viele Probleme in Ostdeutschland sind nur die zugespitzten Schwierigkeiten des ganzen Landes. Das muß als Herausforderung für die Gesellschaft insgesamt begriffen werden. Eine selbstbewußte Vertretung ostdeutscher Interessen ist notwendig für den Bestand der Demokratie. Ohne Aufbruch im Osten kein Aufbruch im Westen!

Die PDS ist - an ihrem praktischen kommunalen Wirken in den neuen Bundesländern nachprüfbar - in besonderem Maße eine Partei sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Solidarität. Sie zu wählen heißt, einen Politikwechsel zu wählen und sich konsequent gegen eine Regierung zu entscheiden, die versucht, den Staatshaushalt auf Kosten Kranker, Schwacher und Alter zu konsolidieren, gegen eine Regierung, die die Vermögenssteuer abschafft und gleichzeitig die Sozialhilfe kürzt, die den Spitzensteuersatz senken will und die Krankenkassenbeiträge erhöht, die gesellschaftlichen Reichtum zum Vorteil der großen Unternehmen und Spitzenverdiener umverteilt.

Die alternativen Ziele der Partei des Demokratischen Sozialismus sind:

- Wir wollen uns nicht mit dem herrschenden Marktradikalismus abfinden, wir wollen, daß Wirtschaft und Gesellschaft demokratisch gestaltet werden.
- Wir wollen eine neue Art der Vollbeschäftigung, existenzsichernd für alle, zukunftsorientiert, ökologisch verantwortungsbewußt.
- Wir wollen soziale Gerechtigkeit und die Verteidigung und Neugestaltung solidarischer Sicherungssysteme, wir wollen eine soziale Grundsicherung für alle.
- Wir wollen Zukunftschancen und selbstbestimmte Mitsprache für die junge Generation, neue, zeitgemäße Bildung, moderne und offene Hochschulen und das Verfassungsrecht auf Ausbildung.
- Wir wollen, daß die ökologische Wende endlich eingeleitet wird.
- Wir wollen uns konsequent für die Überwindung der gesellschaftlichen Frauenfeindlichkeit und für die reale Gleichstellung von Frauen und Männern einsetzen.
- Wir wollen, daß Betroffene selbst über ihre Angelegenheiten entscheiden können und Demokratie umfassend erlebbar ist.
- Wir wollen gleiche Rechte für alle Menschen, die in der Bundesrepublik leben. Das Grundrecht auf Asyl muß wiederhergestellt und ein entschiedener Kampf gegen Rassismus, Nationalismus und Rechtsextremismus geführt werden.
- Wir wollen eine demokratische Europäische Union und die zivile Gestaltung der internationalen Beziehungen.
- Wir wollen diese Ziele bundesweit vertreten, in West wie Ost. Sie bestimmen auch unsere spezielle Verantwortung in Ostdeutschland, nicht als regionale, sondern als sozialistische Partei der Bundesrepublik.

Wir haben die Chance! Nutzen wir sie!

Die PDS will weder eine neue noch eine "verträglichere" Variante bisheriger Bonner Politik. Sie setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der Schwache nicht länger schwach, Einzelne nicht länger allein, Fremde nicht länger fremd und Abhängige nicht länger wehrlos bleiben. Im Mittelpunkt unseres Wirkens steht der Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Raubbau an der Natur. Wir - die PDS und ihre Wählerinnen und Wähler - haben es in der Hand, wirkliche Alternativen auf die Tagesordnung gesellschaftlicher Diskussion zu setzen. Jede Stimme für die PDS ist eine Stimme für wahrhaften politischen Wandel.

Die PDS muß 1998 gestärkt als Fraktion in den Deutschen Bundestag, in Landtage und Kommunalvertretungen sowie 1999 in das Europäische Parlament einziehen!

1. Arbeit und soziale Gerechtigkeit

An nichts fehlt es in Deutschland mehr als an existenzsichernden Arbeitsplätzen und sozialer Gerechtigkeit. Diese Situation ist nicht Ergebnis der viel beschworenen wirtschaftlichen Globalisierung, sondern der neoliberalen Politik der Bundesregierung. Sie hat die Bundesrepublik in den letzten anderthalb Jahrzehnten und vor allem seit 1990 bedrohlich verändert. Die von der Arbeiterbewegung und von Teilen des Bürgertums - auch unter dem Einfluß der Herausforderung durch die DDR - durchgesetzten sozialstaatlichen Reformen sind gefährdet. Die Politik von CDU/CSU und FDP ist durch soziale Kälte gekennzeichnet, durch Mißachtung des Sozialstaats- und demokratischen Gestaltungsgebots des Grundgesetzes und durch Kapitulation vor den Zukunftsfragen des notwendigen gesellschaftlichen Wandels. Deregulierung und die entfesselte Herrschaft des Marktes haben die Möglichkeiten sozialer und ökologischer Orientierung der Wirtschaft durch demokratische Politik erheblich eingeschränkt. In der Bundesrepublik - wie in den meisten kapitalistischen Metropolen - ist Politik zur Erfüllungsgehilfin wirtschaftlicher Gewinninteressen verkommen.

Die SPD hat in ihrer politischen Praxis in den Ländern, insbesondere in Ostdeutschland, und im Bundesrat sowie in ihrer wirtschaftspolitischen Strategie auf dem Parteitag in Hannover 1997 wesentliche Positionen des herrschenden Neoliberalismus übernommen (Modell Deutschland, Flexibilisierung von Arbeitsmärkten, Abbau staatlicher Regulierung, Privatisierung öffentlicher Bereiche, Schaffung eines Niedriglohnsektors). Sie ist trotz gegenteiliger Beteuerungen zugleich zu den geschichtlich überholten Positionen vornehmlich quantitativen Wirtschaftswachstums zurückgekehrt. Wir halten dagegen eine prinzipielle Alternative nicht nur für erforderlich, sondern für möglich und realistisch. Die alten Antworten sind nicht mehr ausreichend angesichts grundlegend veränderter wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Bedingungen, angesichts der unabweislichen Notwendigkeit, die fortgesetzte Zerstörung der natürlichen Existenzgrundlagen zu stop-

pen und endlich eine ökologische Wende einzuleiten. Doch die neoliberalen Antworten der Regierungskoalition und der Unternehmerverbände, denen die von Gerhard Schröder repräsentierte Richtung in der SPD zu viele Zugeständnisse macht, laufen dieser Notwendigkeit zuwider. Sie liefern die Menschen der ganzen Härte der Weltmarktmechanismen aus, statt neue solidarische und umwelterhaltende Gegengewichte und Rahmenbedingungen zu schaffen.

Dagegen will die PDS durch wirklich alternative Politik zu einer Wende von der Herrschaft der Wirtschaft über Politik und Gesellschaft zur Gewinnung demokratischer Gestaltungsfähigkeit beitragen. Starke Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen sind dafür von besonderer Bedeutung. Die PDS setzt sich dafür ein, - wie in Frankreich - ein politisches Streikrecht zu konstituieren. Die schleichende Privatisierung und Kommerzialisierung immer weiterer gesellschaftlicher Bereiche muß gestoppt werden. Gesundheit, Alterssicherung, Bildung, Kultur, Grundlagenforschung, Information, Wohnen, Energieversorgung und Verkehr müssen von der Vorherrschaft des Marktes und der Vermarktung befreit werden. Ohne Illusionen über die gegenwärtige Realisierbarkeit werden wir uns dafür einsetzen, daß der Einfluß der Banken auf Unternehmen und öffentliche Einrichtungen verringert, der Einfluß demokratischer Institutionen auf die Banken wesentlich gestärkt wird. Die Europäische Union muß sozial, beschäftigungsorientiert, demokratisch, ökologisch, friedensstiftend und weltoffen werden.

Wir erheben nicht den Anspruch, fertige Antworten zu haben. Wir wissen, wie kompliziert und widerspruchsvoll eine realistische Alternative sein wird. Wir sind zum Dialog, zum Meinungsstreit, zum gemeinsamen Nachdenken, zum Lernen in der praktischen Politik und zur Berücksichtigung der Auffassungen unserer möglichen politischen Partnerinnen und Partner bereit. Wir legen unseren wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen und der Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften fünf Leitbilder zugrunde, die die konkreten Schritte und die Richtung künftiger ökonomischer und sozialer Politik bestimmen sollen:

– **Existenzsichernde Arbeit muß her.** Sinnvolle, menschenwürdige Existenz sichernde Arbeit für alle ist eine Voraussetzung für selbstbestimmtes Leben und eines der wichtigsten sozialen Menschenrechte. Sie ist möglich. Der Gesellschaft geht nicht die Arbeit

aus, sondern die an die Kapitalverwertung gebundene Erwerbsarbeit wird knapper. Veränderungen müssen, Veränderungen können sofort passieren.

– **Die soziale Ungerechtigkeit muß überwunden werden.** Soziale Gerechtigkeit soll allen wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen Entscheidungen zugrunde gelegt und die Umverteilung von unten nach oben beendet werden! Umverteilung von oben nach unten ist nicht, wie von Regierung und selbst Teilen der SPD und der Grünen dargestellt, ein Anachronismus, sondern eine dringliche Zukunftsaufgabe. Wir wollen uns daran beteiligen, die sozialen Sicherungssysteme zu verteidigen und sie auf neuen Grundlagen auszubauen, statt sie unter der Fahne von Seehofers und Blüms "Reformen" zu demontieren.

– **Der sozial verträgliche ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft muß endlich beginnen und eine zukunftsfähige, nachhaltige Entwicklung eröffnen.** Eine Energie- und Verkehrswende und Solidarität mit den Ländern des Südens und Ostens sind unerläßliche Grundelemente zukunftsfähiger wirtschaftlicher Entwicklung. Eine energische Innovations-, Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik sowie marktkonforme Instrumente wie die ökologische Steuerreform sollen sie fördern, aber die Überlebenskrise der natürlichen Umwelt verlangt vor allem eine stärkere Regulation, gesellschaftliche und politische Gestaltungsfähigkeit. Die PDS wird deshalb auch gegenüber der SPD und den Grünen Widerstand leisten, wo diese sich entgegen ihren eigenen umweltpolitischen Zielen dem Diktat der Weltmärkte anpassen. Die finanzielle Überforderung der Lohnabhängigen und die Ausgrenzung der Schwächeren mit ökologischen Begründungen lehnt die PDS nicht nur entschieden ab, sondern hält sie für ein ernstes Hindernis für eine wirksame Politik ökologischen Wandels.

– **Reale Gleichstellung der Geschlechter muß zu einem übergreifenden Prinzip einer neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik werden.** Wir sind nicht bereit, uns mit der Verdrängung von Frauen vom Arbeitsmarkt und ihrer sozialen und politischen Benachteiligung abzufinden. Frauen haben ein Recht auf existenzsichernde Erwerbsarbeit. Ökonomische Unabhängigkeit und eine gerechte Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen sind Voraussetzungen für gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

– **Die Zukunftschancen der jungen Generationen müssen wiederhergestellt werden.** Wer auf diesem Gebiet spart und kürzt, verhält sich asozial und zukunftsfeindlich.

Es geht uns um die gesellschaftlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten junger Menschen, um den Zugang zu Kultur, Sport und selbstbestimmter Kommunikation, um moderne Ausbildung und Arbeitsplätze für alle und um ein modernes Bildungs- und Hochschulsystem auf der Höhe der dramatischen gesellschaftlichen Herausforderungen.

Diese Ansätze wollen wir über nationale Grenzen hinaus für eine demokratische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Bewältigung der Globalisierungsprozesse und der europäischen Integration zur Geltung bringen. Dafür streben wir breite Bündnisse an. Wir sind und bleiben zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und Bürgerinitiativen sowie den Kirchen und ihren Einrichtungen bereit.

In drei brennend aktuellen Aufgaben bündeln sich alle Herausforderungen an eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik: in der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, in der Verteidigung und Neugestaltung der sozialen Sicherungssysteme, in der ökologisch-sozialen Reform des Steuer- und Finanzsystems. Die Lösung dieser Fragen wird in Ostdeutschland besondere Anstrengungen verlangen. Auch das ist eine Herausforderung von gesellschaftlichem Ausmaß.

Erstens: Arbeitsplätze sind Lebensplätze

Die Massenarbeitslosigkeit hat seit Mitte der siebziger Jahre in den Industriemetropolen chronischen Charakter angenommen. Sie nimmt Millionen Menschen die Chance auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und zerstört soziale Integration. Sie ist der gefährlichste soziale Sprengstoff für die Gesellschaft und untergräbt ihre demokratischen Grundlagen. Die Bundesregierung und die Unternehmerverbände haben nicht nur keine Alternativen zur Massenarbeitslosigkeit, sondern nutzen sie für eine Politik der Entsolidarisierung, für den Abbruch des Sozialstaats, die Privatisierung sozialer Sicherung, Lohn- und Sozialdumping, die Verweigerung des ökologischen Umbaus. Ohne Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, ohne eine Politik neuer Vollbeschäftigung wird es weder eine Rückkehr zu sozialstaatlichen Grundsätzen noch einen Übergang zu nachhaltiger Entwicklung und lebenswerter Zukunft geben.

Die PDS hat in den Parlamenten und auf ihren Parteitag zukunftsorientierte Alternativen vorgelegt, die bereits unter heutigen Bedingungen realistisch und finanzierbar sind,

wenn der politische Wille vorhanden wäre. Wir finden uns mit der Massenarbeitslosigkeit nicht ab. Wir sagen den Wählerinnen und Wählern, daß wir eine kurzfristige und konfliktfreie Lösung dieser Aufgabe nicht für möglich halten. Sie wird zudem die Zusammenarbeit breiter gesellschaftlicher und politischer Kräfte und Vorrang für Beschäftigungspolitik auch in der Europäischen Union verlangen. Wir sind dazu ohne Vorurteile bereit. Als Hauptwege zur Verringerung der Massenarbeitslosigkeit sehen wir an:

- die Konzentration der Wirtschafts- und Strukturpolitik auf Beschäftigungssicherung,
- die gerechte Verteilung der Arbeit zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen, zwischen Männern und Frauen durch Arbeitszeitverkürzung ohne Kaufkraftreduzierung,
- die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors.

Beschäftigungsorientierte Wirtschafts- und Strukturpolitik

Die PDS hält an ihrer Forderung nach dem Recht auf Arbeit fest. Wir wollen, daß in das Grundgesetz auch das Recht auf einen Ausbildungsplatz aufgenommen und daß dieses Recht gesellschaftlich verwirklicht wird. Die von der Bundesregierung praktizierte Trennung der Arbeitsmarktpolitik von der Wirtschafts- und Strukturpolitik ist wirtschaftspolitisch kontraproduktiv. Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung müssen innovationsorientiert sein, die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, die Stärkung regionaler Strukturen sowie den ökologischen Umbau der Wirtschaft unterstützen. Wir treten für die Humanisierung der Arbeitswelt primär unter gewerkschaftlicher Regie ein.

Das seit 1997 geltende Arbeitsförderungsgesetz betrachten wir für Arbeitslose - insbesondere Frauen - als politischen Skandal. Die PDS verlangt seine grundsätzliche Neufassung. Wir sind gegen die staatliche Förderung eines Niedriglohnsektors. Die Arbeitslosenunterstützung und die Bedingungen für Weiterbildung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen müssen verbessert, die Zumutbarkeitsregeln eltern- und frauengerecht ausgestaltet werden. Die PDS befürwortet das Recht der Arbeitslosen auf Ablehnung sozialversicherungsfreier und nicht tariflich gebundener Arbeitsverhältnisse.

Die Wahrung, die Erneuerung und der Ausbau gewerkschaftlicher Rechte und der Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie die Sicherung der Tarifautonomie und des Flächenta-

rifvertrages müssen Bestandteil einer neuen Wirtschaftspolitik sein. Deshalb fordern wir, bei der Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand tarifgebundene regional ansässige Unternehmen zu bevorzugen, die ihrerseits mit ausschließlich tarifgebundenen bzw. tarifbezahlten Subunternehmen zusammenarbeiten. Die von den Regierungsparteien, SPD und Grünen vorgenommene Privatisierung von Bahn, Post und Telekom sowie die beabsichtigte weitere Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sind Bestandteil einer Politik, die Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit und ökologische Alternativen einem internationalen Verdrängungswettbewerb opfert. Die Partei des Demokratischen Sozialismus wird sich diesem Marktradikalismus nicht nur verweigern, sondern für die Stärkung öffentlichen, kommunalen und genossenschaftlichen Eigentums eintreten. An die Stelle der Privilegierung von großen Banken und Konzernen setzen wir die ausbildungs- und beschäftigungsorientierte Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen.

Die Zukunft der Land- und Forstwirtschaft kann nicht über Weltmarktorientierung, Erzeugerpreissenkungen und Ausgleichszahlungen gesichert werden. Die PDS tritt für eine regional orientierte Entwicklungspolitik ein, die die Menschen der ländlichen Regionen in Entscheidungsprozesse über ihre Zukunft einbezieht, der Vielfalt der Existenzbedingungen auf dem Lande Rechnung trägt, die gewachsenen Kulturlandschaften bewahrt und fördert, auf dem Grundsatz der Nachhaltigkeit basiert und unbürokratisch ist. Wir wollen eine flächendeckende Landbewirtschaftung erhalten und damit Arbeitsplätze schaffen. Angebote zur sinnvollen Freizeitgestaltung für Menschen im ländlichen Raum sollen ausgebaut werden. Transferzahlungen an die Landwirtschaft müssen stärker an Leistungen für die Umwelt gebunden werden, damit umweltfreundliche Produktionssysteme entstehen können. Land- und forstwirtschaftliche Flächen in Naturschutzgebieten dürfen nicht privatisiert werden.

Dringend erforderlich sind ein Sofortprogramm zur Schaffung von Ausbildungsplätzen, eine moderne Reform der beruflichen Bildung und eine Ausbildungsfinanzierung durch bundesweite Umlagefinanzierung.

Arbeit gerechter verteilen

Die Bundesregierung, die Unternehmerverbände und selbst "rot-grüne" Landesregierungen haben die Verlängerung von Wochen- bzw. Lebensarbeitszeit durchgesetzt. Aber ohne gerechte Verteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit, also ohne wesentliche Arbeitszeitverkürzung bleiben Auswege aus der Massenarbeitslosigkeit versperrt. Arbeitszeitverkürzung ist zudem eine Chance für den Reichtum menschlichen Lebens und für die Überwindung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung in den Familien. Wir unterstützen die Gewerkschaften bei ihren Bemühungen, Arbeitszeitverkürzungen und die Anpassung der tarifvertraglichen Arbeitszeiten Ost an West durchzusetzen. Wir wollen, daß die Beschäftigten größeren Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitszeit erhalten, sozial und gesundheitlich schädliche Arbeitszeitregelungen (wie die zunehmende Wochenend- und Nachtarbeit) und Überstunden abgebaut werden. Gleichzeitig treten wir für ein neues Arbeitszeitgesetz ein, mit dem die wöchentliche Höchstarbeitszeit spürbar gesenkt wird. Die gesetzliche Regelarbeitszeit könnte auf 7 Stunden pro Tag bei 5 Arbeitstagen pro Woche begrenzt werden. Im Rahmen einer wirklichen Rentenreform muß zugleich die Lebensarbeitszeit verringert, das Rentenalter für Schichtarbeiterinnen und -arbeiter auf 55 Jahre herabgesetzt und eine solche gesetzliche Absicherung der Altersteilzeit erreicht werden, daß alle Beschäftigten spätestens ab Vollendung des 55. Lebensjahres einen individuellen Rechtsanspruch auf Reduzierung ihrer wöchentlichen Arbeitszeit bei der Gewährleistung eines existenzsichernden Einkommens erhalten.

Wir unterstützen die Gewerkschaften in ihren Forderungen nach kollektiven statt nur individuellen Arbeitszeitverkürzungen. Die gesellschaftlichen Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Kindererziehung, Pflege von Angehörigen, Bildung, Weiterbildung, sozialen Beziehungen und Kultur müssen - nicht zuletzt durch erweiterte Möglichkeiten für bezahlte Freistellungen - verbessert werden. Alle Arbeitszeitmodelle sollten so angelegt werden, daß der Zugang von Frauen zu qualifizierten Tätigkeiten erleichtert wird. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen den Vorrang haben. Die gesetzliche Beschäftigungsquote für Menschen mit Behinderungen muß - als Minimum (!) - real durchgesetzt werden. Teilzeittätigkeiten dürfen nicht zur Altersarmut führen; sie müssen sozialrechtlich verankert und Möglichkeiten zur Rückkehr in Vollarbeitszeit gesichert werden. Die Verkürzung der Arbeitszeit darf weder zur Verringerung der Massenkauf-

kraft noch zu Einkommenskürzungen führen. Degressive staatliche Lohnkostenzuschüsse an Unternehmen mit anfänglichen oder vorübergehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten können einen solchen Prozeß fördern. Die Löhne sollen wieder stärker an die Entwicklung der Produktivität gekoppelt werden.

Einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor schaffen

In einer Gesellschaft wie der Bundesrepublik, in der jährlich ökologische Schäden von mindestens 200 Milliarden DM den kommenden Generationen hinterlassen werden, gibt es einen riesigen gesellschaftlichen Arbeitsbedarf. Gleiches trifft auf viele andere Bereiche zu. Soziales, kulturelles und Breitensportliches Engagement sind für moderne Gesellschaften unerlässlich. Dennoch setzen die Bundesregierung und Landesregierungen in den bezahlten Kultur- und Sozialbereichen finanzielle Kürzungen durch, um aktuelle Haushaltslöcher zu verkleinern. Damit sparen sie an der Zukunft der Gesellschaft. Die Partei des Demokratischen Sozialismus setzt sich dagegen für einen starken, öffentlich geförderten Beschäftigungssektor insbesondere bei den sozio-kulturellen Dienstleistungen und beim ökologischen Umbau ein. Es geht um sinnvolle und existenzsichernde Arbeit, um Arbeit, die gesellschaftlich unverzichtbar ist. Es geht auch um die Entwicklung neuer Formen des Gemeineigentums. Die ostdeutschen Erfahrungen mit Beschäftigungsgesellschaften können dafür erste Ansatzpunkte bilden und für örtliche Beispielösungen genutzt werden. Genossenschaftliche und kommunale Betriebe, soziale, ökologische, kulturelle, feministische, Bildungs- und andere Initiativen, Selbsthilfe- und Kiezprojekte sowie Wohlfahrtsverbände können Träger einer Struktur gemeinnütziger Projekte werden. Ihre rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen müssen gestärkt werden. Zur Finanzierung eines solchen Beschäftigungssektors schlagen wir die Bildung eines föderal gegliederten und demokratisch verwalteten Fonds für soziale, ökologische und kulturelle Gemeinschaftsaufgaben vor. Er würde bis zu 85 Prozent aus den schrittweise wegfallenden Kosten der Arbeitslosigkeit finanziert werden können.

Zweitens: Soziale Sicherheit, gesellschaftliche Solidarität

In der Politik der Bundesregierung jagt eine "Reform" die andere: Die erste, zweite, dritte Gesundheitsreform, das Arbeitsförderungsreformgesetz, die Rentenreform, die versuchte "historische" Steuerreform. Gemeinsam ist ihnen die Zerstörung des sozialstaatlichen

Reformwerks der Vergangenheit, die Zerstörung sozialer Sicherheit. Gefährdet und längst eingeschränkt ist eine von den Einkommens- und Vermögensverhältnissen unabhängige Krankenbetreuung und Gesundheitsvorsorge. Das künftige Rentenniveau wurde drastisch gesenkt, die sozialen Absicherungen gegen Arbeitslosigkeit und Armut wurden abgebaut, die soziale Orientierung auf dem Wohnungsmarkt soll faktisch beseitigt werden.

Die chronische Massenarbeitslosigkeit, die Zunahme ungeschützter (nicht versicherter) Arbeitsverhältnisse und die stagnierenden Arbeitseinkommen haben die Finanzierung des sozialen Sicherungssystems zwangsläufig gefährdet. Die eigentliche Ursache und das Haupthindernis für die Überwindung dieser bedrohlichen sozialen Krise ist daher der neoliberale Verzicht auf eine aktive und innovationsorientierte Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Mit der Förderung von Millionen prekären Arbeitsverhältnissen ohne Versicherungspflicht - und damit ohne Absicherung im Alter, bei Krankheit, im Pflegefall und bei Arbeitslosigkeit - verschärft die Regierung die dramatische Situation zusätzlich.

Wir haben Vorstellungen für eine Finanzierungsreform der sozialen Sicherungssysteme:

1. Die Unternehmensanteile, das heißt die Lohnnebenkosten, sollen nicht mehr allein auf der Grundlage der Lohnsumme, sondern vornehmlich in Abhängigkeit von der Bruttowertschöpfung erhoben werden. Unternehmen mit hohen Arbeitskosten würden erlastet werden. Unternehmen, die durch Rationalisierung große Gewinne machen und der Gesellschaft die Entlassenen aufbürden, können und sollen höhere Beiträge zahlen.
2. Die Beitragsbemessungsgrenze soll erhöht werden, höhere Einkommen werden dadurch stärker zu solidarischer Finanzierung, besonders von Leistungen im Krankheitsfall, herangezogen.
3. Die Versicherungspflicht muß auf Beamte, Selbständige, Abgeordnete etc. ausgedehnt werden, damit die Beiträge der Besserverdienenden die Möglichkeiten solidarischen Ausgleichs stärken. Beamte und Selbständige mit geringen Einkünften sollen einen Ausgleich erhalten.
4. Bei Einführung der Sozialversicherungspflicht für "geringfügige Beschäftigungsverhältnisse" soll der Gesamtbeitrag von Unternehmerseite geleistet werden - aus sozialen Erwägungen und um der weiteren Ersetzung von Normalarbeitsverhältnissen durch

schlecht bezahlte und sozial ungesicherte Arbeitsplätze entgegenzuwirken. Die Einbeziehung der "geringfügig Beschäftigten" in die Sozialversicherungspflicht darf nicht zur Senkung des Rentenniveaus führen. Deshalb ist die auf der durchschnittlichen Höhe sämtlicher gezahlter Beiträge basierende Rentenformel entsprechend zu ändern.

5. Soweit Sozialversicherungskassen verpflichtet sind bzw. verpflichtet werden, Leistungen zu erbringen, deren Anspruch nicht durch Beiträge erworben wurde, ist ihnen gesetzlich ein Bundeszuschuß zu garantieren, der diese Leistungen in vollem Umfang ausgleicht.

Grundsätzlich wird jedoch ein solidarisches Sicherungssystem ohne Überwindung der sozialen Spaltung und ohne die Zurückdrängung der Massenarbeitslosigkeit nicht möglich sein. Die Partei des Demokratischen Sozialismus will soziale Sicherheit für alle durch eine menschenwürdige soziale Grundsicherung und eine eigenverantwortliche Existenzsicherung durch Arbeit für alle Gesellschaftsmitglieder ermöglichen.

Für eine Übergangszeit zu diesem weitreichenden Ziel wollen wir Lösungen, die die Entmündigung und Diskriminierung all jener Menschen beseitigen, die für ihren Lebensunterhalt auf Sozialeinkommen angewiesen sind. Vier Forderungen stehen für uns im Vordergrund: die Sicherung und Verbesserung der Lebensverhältnisse älterer Menschen, die solidarische Erneuerung des Gesundheitssystems, das Ringen um eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung und die Bereitstellung bezahlbarer und sicherer Wohnungen.

Alter darf nicht arm machen

Alter kann menschlichen Reichtum und darf nicht materielle Armut bedeuten. Die beschlossene Absenkung des Rentenniveaus muß rückgängig gemacht werden. Insbesondere bei Frauen hat Altersarmut bereits ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen. Es ist dringend erforderlich, die Lebensleistung von Frauen über ein verbessertes Frauenrentenrecht anzuerkennen. Ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger sollen ihren Lebensabend in Würde gestalten und die Erfahrungen ihres Lebens in die Gesellschaft einbringen können. Eine lebensstandardsichernde Altersrente ist die Grundvoraussetzung, aber nicht alles. Wir fordern die rasche Beseitigung von Altersarmut durch

Einführung einer Grundsicherung, die gegenwärtig 1425,- DM pro Monat betragen müßte. Die immer noch bestehenden Renten- und Versorgungsungerechtigkeiten für ehemalige DDR-Bürgerinnen und -Bürger müssen umfassend beseitigt werden. Wir setzen uns dafür ein, die Solidargemeinschaft der Versicherten zu bewahren und sie politisch und finanziell zu stärken.

In der Auseinandersetzung um die Reform der Alterssicherung hält die PDS am System einer solidarischen Umlage fest. Wir werden die gesetzliche Rentenversicherung als Kernstück des solidarischen Generationsvertrages entschieden verteidigen. Mit Zuschüssen aus Steuermitteln kann eine Mischung von individuellen Leistungsansprüchen und solidarischem Ausgleich der Verteilungsverhältnisse sowie flexiblen und auf Freiwilligkeit basierenden Vorruhestandsregelungen finanziert werden.

Gesundheit darf keine Ware sein

Unser Ziel bleibt eine Gesundheitsversorgung für alle, unabhängig von individuellem Einkommen und Vermögen. Die Kommerzialisierung und Bürokratisierung des Gesundheitswesens müssen gestoppt, eine Zweiklassenmedizin muß verhindert bzw. beseitigt werden. Vorsorge, Gesundheitsförderung und Rehabilitation sollen wieder stärker aus den Krankenkassen finanziert und gewährleistet werden. Selbstbeteiligungen und Zuzahlungen der Patienten sind unsozial und bei effektivem Ressourceneinsatz unnötig. Effektiver Einsatz der Mittel ist möglich, wenn die Vorherrschaft der Arzneimittel- und Geräteanbieter unter anderem durch eine Positivliste eingeschränkt sowie rationelle und kooperative Betriebsformen (Polikliniken, Gesundheitszentren) gefördert werden. Wir fordern ein wirkungsvolles Mitbestimmungsrecht der Versicherten in den Selbstverwaltungen der Krankenkassen.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß die strukturelle Prävention von HIV und AIDS umfassend fortgesetzt wird und HIV- und AIDS-Selbsthilfeprojekte dauerhaft finanziell gesichert werden.

Niemand darf sozial ungesichert sein: Für eine soziale Grundsicherung

Die Bewahrung und Reform der Sozialversicherungssysteme muß und kann mit der grundlegenden Erneuerung sozialer Sicherheit durch die Einführung einer bedarfsorien-

tierten Grundsicherung einhergehen. Sie würde einen wirklich geschichtlichen Fortschritt in dieser Gesellschaft darstellen. Wir haben für sie im Bundestag konkrete Realisierungs- und Finanzierungsvorstellungen unterbreitet. Eine soziale Grundsicherung soll allen Menschen, die keinen existenzsichernden Erwerbsarbeitsplatz haben, in jeweils konkret auszugestaltender Weise eine eigenständige, menschenwürdige Lebensführung ermöglichen. Insbesondere sollen Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner, Auszubildende, Studierende und Menschen mit Behinderungen dadurch sozial gesichert und unabhängig werden. Für Menschen mit Behinderungen und chronisch Kranke, die nie einer Erwerbstätigkeit nachgehen können, ist ein existenzsichernder Nachteilsausgleich dringend erforderlich. Wir treten ferner dafür ein, daß die aus dem Erwerbssystem ausgegrenzten Menschen Angebote für Beschäftigung und Qualifizierung erhalten. Der Anspruch von Erwerbslosen auf spezifische Leistungen der Sozialarbeit soll gesetzlich festgeschrieben werden. Das schließt sowohl die Sozialarbeit für Erwerbslose als auch Formen der Selbsthilfe von Erwerbslosen ein. Arbeitszwang und eine entwürdigende Kontrolle von Unterstützungszahlungen lehnen wir ab. Für Betrugsfälle müssen Polizei und Justiz zuständig bleiben. Es darf keine Denunziationsatmosphäre oder gar -pflicht geben.

Bezahlbar und sicher wohnen

Wohnung und Wohnen gehören zu den wichtigsten Bedingungen sozialer Sicherheit und der Menschenwürde. Wohnen soll daher für alle bezahlbar, die Wohnung sicher sein. Die Konsequenzen solcher - eigentlichen - Selbstverständlichkeit sind dringend und konkret. Wohnungslosigkeit und Unsicherheit sind eine Anklage an eine der reichsten Gesellschaften und an die Politik der Bundesregierung: Das Wohngeld muß unverzüglich angepaßt werden, damit die Kosten des Wohnens auch für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen sozial verträglich sind. Die Privatisierung der kommunalen, genossenschaftlichen und öffentlichen Wohnungsbestände muß gestoppt werden. Anders kann nicht verhindert werden, daß ein so elementares Menschenrecht wie das Recht auf Wohnung dem Kommerz geopfert wird. Der soziale Wohnungsbau muß erhalten und ausgebaut, selbstgenutztes, genossenschaftliches und kommunales Wohnungseigentum gleichberechtigt gefördert werden. Wir werden uns dafür einsetzen, daß Städteplanung und Wohnungsbau die Nähe von Wohnen, Arbeiten und Freizeit fördern.

Wir halten es für erforderlich und gerecht, den Kündigungsschutz für Alleinerziehende, Ältere und Menschen mit Behinderungen zu erweitern und die Räumung auf die Straße, das heißt ohne Bereitstellung von Ersatzwohnraum, zu untersagen. Die Mitwirkungsrechte von Mieterinnen und Mietern sollen gestärkt werden. Die PDS hält an ihrer Forderung nach einer demokratischen und sozialen Reform des Mietrechts sowie seiner Vereinfachung fest. Sie hat dazu einen umfangreichen Antrag in den Bundestag eingebracht.

Millionen Ostdeutsche erleben die verheerenden Folgen der Politik "Rückgabe vor Entschädigung". Auch nach acht Jahren deutscher Einheit sind viele Fälle noch ungeklärt. Die PDS setzt sich für klare, gerechte gesetzliche Regelungen ein. Dazu müssen unter anderem willkürlich gewählte Stichtage aus den vermögensrechtlichen Gesetzen gestrichen werden. Die Vertreibung über Paragraphen muß ebenso wie die über finanzielle Hebel verhindert werden. Nutzungsentgelte für Erholungsgrundstücke sind auf bezahlbares Maß zu begrenzen.

Drittens: Den sozialen und ökologischen Umbau steuern und finanzieren

Seit der Gipfel von Rio de Janeiro die Agenda 21, die ökologische und entwicklungspolitische Tagesordnung für das 21. Jahrhundert, verabschiedet hat, ist mehr als ein halbes Jahrzehnt vergangen. Lokale Initiativen und gesellschaftliche Bewegungen haben begonnen, diesen Orientierungen Öffentlichkeit und politische Geltung zu verschaffen und sie in Kommunen umzusetzen. In der Politik der Bundesregierung jedoch, die der Agenda 21 vollmundig zugestimmt hatte, sind die vergangenen Jahre zu verlorenen Jahren bei der Abwehr der sich zuspitzenden globalen Krise geworden. Die "Tagesordnung des 21. Jahrhunderts" ist trotz ihrer existentiellen Dringlichkeit noch nicht in Angriff genommen worden.

Der nächste Bundestag muß seiner Verantwortung gerecht werden, die Jahrhundertwende zur Einleitung eines sozialen und ökologischen Wandels der Gesellschaft zu nutzen. Zwei Kriterien sind für uns entscheidend: ökologischer Umbau und gleiche Lebenschancen.

Soziale und ökologische Wende

Die soziale und ökologische Wende darf nicht länger aufgeschoben werden. Die Bewahrung und Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen, ohne die die Kinder von heute und deren Kinder keine Zukunft haben, erfordert eine radikale Senkung des Ressourcenverbrauchs und der Naturbelastung. Das wird nicht ohne tiefe und historisch kaum vergleichbare gesellschaftliche Umbrüche in Produktions- und Lebensweise aller möglich sein. Die PDS wird in den Interessenkämpfen um die Art und Weise der Bearbeitung von Umweltproblemen sozial verträgliche Lösungen suchen und unüberhörbar geltend machen.

Wir fordern von der neuen Bundesregierung vor allem Rahmenorientierungen und Förderprogramme für zwei einschneidende Brüche - für die Energie- und für die Verkehrswende: Übergang zu einer auf Energieeinsparung und Sonnenenergie beruhenden Energiewirtschaft bei Reduzierung des Verbrauchs fossiler Energieträger und bei schnellstmöglichem Ausstieg aus der Kernenergie. Nur so kann auch der Atommüll-Tourismus beendet und auf überflüssigen und unsinnigen Transport von radioaktivem Material verzichtet werden. Dezentrale Anbieter von regenerativen Energien sollten u.a. durch kostendeckende Preise gefördert und kommunale Stadtwerke und Kraft-Wärme-Kopplung gestärkt werden. Wir setzen uns für Verkehrsvermeidung durch wirtschaftliche Regionalisierung, die Nähe von Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Erholungsmöglichkeiten, die Erweiterung von Fuß- und Radwegen sowie für eine Schwerkverkehrsabgabe für LKW und die Verkehrsverlagerung von der Straße auf Schiene und Wasser ein. Wir wollen, daß der öffentliche Personenverkehr ausgebaut, sicher und in jeder Hinsicht attraktiv und für alle bezahlbar wird, statt die öffentlichen Gelder für den Transrapid, neue Großflughäfen, zusätzliche Autobahnen und umweltzerstörende Großwasserstraßen zu verschwenden. Die PDS wird sich für das Verbot von Tiertransporten über weite Entfernungen engagieren.

In der Energiewirtschaft, im Verkehr und in der Stoffwirtschaft sollen modernste Technologien entwickelt und eingesetzt werden, um sinnvolle Bedürfnisse sparsam zu befriedigen. Langlebige Konsumgüter, eine Verpackungssteuer und die konsequente Durchset-

zung des Verursacherprinzips sollen zur Abfallvermeidung beitragen. Wir fordern eine umfassende Abfallverwertung durch Trennung und Aufbereitung. Müllexport und generelle Müllverbrennung lehnen wir ab. Im ökologischen Landbau müssen arbeitsintensive Prozesse finanziert werden können. Wir wollen im Rahmen der Lokalen Agenda 21 Umweltpolitik von unten durch die Förderung und Vernetzung sozialer und ökologischer Projekte.

Solche Schritte hin zu gesellschaftlicher Zukunftsfähigkeit sind realisierbar. Wir sagen deutlich, daß ein sozialer und ökologischer Umbau nur durch starke gesellschaftliche Gegenmächte möglich sein wird: gesellschaftlichen Widerstand, öffentlich-rechtliche Kontrolle der Großbanken und der Bundesbank, betriebliche und gewerkschaftliche Mitbestimmungsmöglichkeiten, Demokratisierung der Medien, Trennung von Energieerzeugung, -transport und -verteilung, ökologische Steuerreform, integrierte Verkehrsgestaltung.

Den Reichtum gerecht verteilen

Die Umverteilung von unten nach oben hat ein skandalöses Ausmaß erreicht. In der Regierungszeit Helmut Kohls hat sich allein das private Geldvermögen in der BRD auf über 5 Billionen DM verdreifacht. Banken und Großkonzerne machen Rekordgewinne. Aber die Reichsten dieser Gesellschaft haben sich weitgehend aus der Finanzierung des Gemeinwesens verabschiedet.

Es ist höchste Zeit, das geltende Verteilungskonzept der Umverteilung von unten nach oben, das die Reichen immer mehr von Steuern entlastet und die Masse der Bürgerinnen und Bürger immer stärker belastet, umzukehren. Umverteilung von oben nach unten heißt für die PDS, sozial Schwache, die junge Generation, lohnabhängig Beschäftigte und die Kommunen zu entlasten sowie ein nachhaltiges Wirtschaften zu stimulieren.

Die PDS hat mit ihrem Beschluß auf dem Schweriner Parteitag Vorschläge für eine Reform des Steuer- und Abgabensystems unterbreitet. Ihre Verwirklichung würde dazu beitragen, die drängendsten Aufgaben der Gesellschaft effektiv anzupacken und schrittweise zu lösen. Wir wollen insbesondere:

1. Für Versicherungsgesellschaften und Kreditinstitute soll eine einmalige Vermögensabgabe eingeführt werden. Auf größere private Vermögen (Geld- und Grund- bzw. Immobilienvermögen sowie Wertpapierbesitz) soll eine auf 10 Jahre verteilte Vermögensabgabe in Höhe von 2 Prozent pro Jahr erhoben werden. Durch einen angemessenen Freibetrag muß gesichert werden, daß kleine bis durchschnittliche Vermögen nicht zu dieser Steuerpflicht führen. Selbstgenutztes Wohneigentum sowie angemessene private Altersvorsorge werden nicht in die Berechnungsgrundlage einbezogen. Bei einem Gesamtnettvermögen privater Haushalte von über 2 Millionen DM wird die Vermögensabgabe bis auf 3 Prozent pro Jahr erhöht.
2. Die Besteuerung muß entsprechend der Leistungsfähigkeit (Einkommen und Vermögen) der Steuerzahlenden vorgenommen werden. Das Existenzminimum von 17.000 DM muß steuerfrei, der Eingangssteuersatz auf unter 20 Prozent und der Spitzensteuersatz von 53 Prozent beibehalten werden. Zu unseren Forderungen gehören nicht zuletzt ein altersabhängig gestaffeltes Kindergeld und die Neuregelung des Vermögens- und Erbschaftssteuerrechts.
3. Wirksame Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug sind dringend erforderlich.
4. Das gesellschaftliche Steueraufkommen muß zugunsten der Kommunen umverteilt werden, damit die kommunale Selbstverwaltung finanziell verwirklicht werden kann.
5. Notwendig ist die wirksame Besteuerung des internationalen Kapitalverkehrs und der internationalen Währungstransaktionen (Tobin-Steuer).
6. Auf Luxusgüter soll eine Verbrauchssteuer von 21 Prozent, auf Waren des täglichen Bedarfs, Reparaturleistungen des Handwerks und Arzneimittel dagegen nur von 7 sowie für alle anderen Waren wie bisher von 15 Prozent erhoben werden. Die von CDU, CSU, FDP und SPD beschlossene Erhöhung der allgemeinen Mehrwertsteuer auf 16 Prozent soll rückgängig gemacht werden.

Der Umbau des derzeitigen Steuer- und Abgabensystems muß zu sozialer Gerechtigkeit, Transparenz, Vereinfachung führen sowie Beschäftigung und die Herausbildung eines neuen, zukunftsfähigen Reproduktions- und Konsumtionsmodells fördern. Die Besteuerung und andere finanzielle Belastungen von Arbeit sollen verringert, die Besteuerung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen und der Naturbelastung erhöht werden.

Dadurch sollen insbesondere innovative, zukunftsorientierte Strukturveränderungen, vor allem Energieeinsparungen und Hinwendung zu regenerativen Energieträgern, stimuliert werden. Die PDS wird sich mit all ihren Möglichkeiten dafür einsetzen, daß für niedrige und mittlere Einkommen Belastungen durch Öko-Steuern und -Abgaben auf andere Weise, durch Steuerentlastungen oder Ausgleichszahlungen, kompensiert werden. Das Steuer- und Abgabensystem muß innerhalb der Europäischen Union harmonisiert werden, um Steuerflucht und Steuerdumping einzudämmen.

Einer umfassenden Korrektur bedarf die Verteilung der Lebenschancen zwischen Frauen und Männern. Dabei geht es nicht nur darum, den Mißstand zu überwinden, daß Frauen in vergleichbaren Berufsgruppen immer noch rund 30 Prozent weniger verdienen als Männer, sondern auch um die Beseitigung der anderen, vielfältigen beruflichen, sozialen und rechtlichen Benachteiligungen von Frauen. Wir treten für die Beseitigung des Ehegattensplittings ein. Daraus entstehende finanzielle Nachteile für untere und mittlere Einkommensgruppen sind auszugleichen. Insbesondere werden wir uns nicht mit der Tatsache abfinden, daß nicht einmal 25 Prozent der Frauen über ein existenzsicherndes eigenes Einkommen verfügen, obwohl die Frauen in der Bundesrepublik zwei Drittel der gesellschaftlich notwendigen Arbeit leisten, darunter fast die gesamte Erziehungs- und Pflegearbeit.

Viertens: Wirtschaftskonzept für Ostdeutschland erneuern

Seit 1996 ist trotz aller West-Ost-Transfers der bescheidene Aufholprozeß in Ostdeutschland gestoppt. Das Wachstum ist noch geringer als in den Altbundesländern. Die neuen Bundesländer gehören gegenwärtig zu den Regionen mit der geringsten Wirtschaftsdynamik in der Europäischen Union. Die Industrieinvestitionen gingen 1996 um 8 Prozent und 1997 um 4 Prozent zurück. Die reale Arbeitslosigkeit erreicht fast 30 Prozent. Verbesserungen auf der einen Seite, düstere Aussichten für eine Änderung der Grundsituation auf der anderen. Zum ersten Mal übertrafen 1997 die Ängste der Ostdeutschen vor der Zukunft ihre Hoffnungen. Die PDS wirkt für die Erarbeitung eines alternativen Wirtschafts- und Entwicklungskonzepts für die neuen Bundesländer:

Die Deindustrialisierung Ostdeutschlands hat schlimme wirtschaftliche, finanzielle, soziale und kulturelle Folgen. Nicht wenige von ihnen drohen unumkehrbaren Charakter anzunehmen. Die Lebenschancen vieler Menschen sind zerstört worden oder gefährdet. Damit doch noch eine Alternative möglich wird, fordern wir, alle bestehenden sowie neu zu schaffenden Instrumentarien durch Rahmenprogramme "Sozial-Ökologischer Umbau Neue Bundesländer" zusammenzuführen: Infrastrukturinvestitionen in den neuen Bundesländern, die notwendigen Förderprogramme der Bundesrepublik zur Einleitung einer ökologischen Energie- und Verkehrswende, die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, den Einsatz der EU-Fördermittel, aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Programme zur Stärkung der Forschungs- und Technologiebasis, Förderprogramme für ökologischen Landbau und für die Pflege von Kulturlandschaften. Die Bereitstellung von Fördermitteln soll unmittelbar an das Entstehen von Arbeitsplätzen und an die Frauenförderung gebunden werden.

Für ein solches Programm sind die höhere Verantwortung der Länder und Kommunen für strukturpolitische Leitbilder und Entwicklungskonzepte und die Stärkung der Finanzkraft der ostdeutschen Länder und Kommunen erforderlich.

Ostdeutschland bedarf besonders intensiver aktiver staatlicher Struktur- und Innovationspolitik, die auf beschäftigungssichernde und umweltorientierte Reindustrialisierung zu richten ist. Wirtschaftsförderung und -gesetzgebung müssen die Potenzen ostdeutscher kleiner und mittlerer Unternehmen für die Realisierung regionaler Entwicklungskonzepte entwickeln und ausschöpfen. Die Reformierung der Wirtschaftsförderung selbst muß auf wirksamere und durchsichtigere Bündelung aller Förderpotentiale und auf die Verflechtung der Wirtschafts- und Forschungsförderung mit regionaler Wirtschafts-, Struktur-, Beschäftigungs- und Umweltpolitik zielen.

Anknüpfend an die ostdeutschen Erfahrungen mit genossenschaftlichem Eigentum, besonders in der Landwirtschaft und im Wohnungswesen, sollen verschiedenen Eigentumsformen durch die Wirtschaftsförderung gleiche Chancen gegeben werden: genossenschaftlichem, kommunalem und Landeseigentum, Privateigentum, Beteiligung der

öffentlichen Hand an privaten Unternehmen, gemeinnützigen und staatlich geförderten Projekten.

Die Betroffenheit der Menschen durch die Zweitrangigkeit Ostdeutschlands in der Politik der Bundesregierung fordert die stärkere Mitwirkung der Belegschaften und wirksamere öffentliche Einflußnahme auf die Wirtschaftsentwicklung heraus. Dem Erhalt und der Stärkung der Tarifautonomie und der Flächentarifverträge in den neuen Bundesländern kommt eine besondere Bedeutung zu. Wir wollen die Stärke der PDS in Ostdeutschland nutzen, um für moderne Demokratieentwicklung und andere Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere den Ausbau plebiszitärer Demokratie, kommunaler Selbstverwaltung, Partizipations- und Informationsrechte von Bürgerinitiativen, zu kämpfen.

2. Selbstbestimmt leben – mehr Demokratie verwirklichen

Für ein demokratisches und solidarisches Gemeinwesen sind Gleichstellung und Gleichberechtigung aller Menschen unentbehrlich - und zwar unabhängig von Geschlecht, Alter, Gesundheitszustand, Herkunft, Hautfarbe, Religion, von Behinderungen, der sexuellen Orientierung und der Staatsbürgerschaft. Deshalb wollen wir die Menschen ermutigen, Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Individualität wahrzunehmen, selbstbewußt zu handeln und ihre Rechte zu verteidigen. Es gilt, Widerstand gegen gesellschaftliche Verhältnisse zu leisten, unter denen der Mensch erniedrigt und gedemütigt wird.

Für eine gerechte und solidarische Gesellschaft

Reale Gleichstellung von Frauen und Männern

Wirkliche Demokratie ist ohne reale Gleichstellung von Frauen und Männern nicht möglich. Formale Gleichberechtigung, gleiche Menschenrechte, politische und Persönlichkeitsrechte für Frauen und Männer haben die ungleiche Verteilung sozialer Chancen

zwischen Männern und Frauen nicht aufgehoben. In allen Lebensbereichen werden Frauen auf unterschiedliche Weise diskriminiert, wird eine selbstbestimmte Entfaltung ihrer Fähigkeiten erschwert. Von Erwerbslosigkeit und ungerechter Bewertung und Bezahlung der Arbeit sind überdurchschnittlich viele Frauen betroffen. In den ostdeutschen Ländern wird das besonders sichtbar. Zwei Drittel der Arbeitslosen sind Frauen. Zunehmende Einschränkungen bei den Sozialleistungen führen insbesondere bei alleinstehenden Frauen und Müttern zu Wohnungsnot, Armut und Abhängigkeit.

Die PDS wird darauf hinwirken, erstens ökonomische Unabhängigkeit der Frau vom Mann zu erreichen, zweitens frauendiskriminierende Gesetze und Regelungen zu beseitigen und drittens materielle und ideelle Bedingungen dafür zu schaffen, daß die Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit zwischen Frauen und Männern gerecht verteilt wird.

Demokratische Sozialistinnen und Sozialisten wollen, daß Frauen alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens gleichberechtigt mitgestalten. Dazu gehört, umfassende Frauenrechte im Grundgesetz zu verankern, die Gleichstellungsgesetze auf Bundes- und Landesebene zu novellieren, Gleichstellungs- und Quotierungsregelungen in Betriebsvereinbarungen, Tarifverträge und ins Betriebsverfassungsgesetz aufzunehmen sowie die Kompetenzen von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten zu erweitern. Wir halten an der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 fest.

Gewalt gegen Frauen muß konsequent öffentlich geächtet und entschieden geahndet werden. Betroffene Frauen und Kinder brauchen mehr Rechtsschutz, sichere Unterkünfte und ein funktionierendes Netz von Unterstützungs- und Beratungsstellen.

Wir wenden uns gegen jegliche juristische und gesellschaftliche Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und fordern, daß Bedingungen für die volle und gleichberechtigte Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen in der Gesellschaft geschaffen werden. Wir wollen die gleichberechtigte Anerkennung aller Lebensformen und Lebensgemeinschaften.

Zukunftschancen für die junge Generation

Kinder und Jugendliche erleben ein gesellschaftliches Klima der Bevormundung und Intoleranz. Sie fühlen sich bedroht durch Zerstörung der Umwelt und Zunahme von Gewalt in der Gesellschaft. Ungerechtigkeit und der Mangel an Zukunftsvisionen steigern das Empfinden von Resignation und Entfremdung. Über eine Million Kinder leben bereits von Sozialhilfe, was ihre Zukunftschancen erheblich beeinträchtigt. Als Folge neoliberaler Politik verschärfen fehlende Ausbildungsplätze, hohe Jugendarbeitslosigkeit und die Schließung von Jugendfreizeitstätten die Situation. Kinder sollen selbstbewußt und gewaltfrei aufwachsen. Junge Menschen müssen erfahren, daß ihre Fragen, Ideen und Visionen ernst genommen werden, ihr engagiertes Mitwirken und ihre Mitbestimmung gewollt sind.

Wir fordern: erstens die Möglichkeiten für selbstbewußtes politisches Handeln von Kindern und Jugendlichen spürbar zu erweitern, zweitens eine zukunftsorientierte Bildung und Ausbildung zu sichern und genügend Arbeitsplätze für junge Menschen zu schaffen, drittens den Idealen von einer gerechten, solidarischen und alternativen Lebensweise mehr Chancen einzuräumen und viertens die Finanzierung und Förderung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen unabhängig von den jährlichen Haushaltsverhandlungen als stabile, unverzichtbare Größen abzusichern. Schulische, berufliche und musische Ausbildung und Möglichkeiten, sich sportlich zu betätigen, müssen für jeden jungen Menschen gesichert sein und elternunabhängig finanziell gefördert werden.

Wir wollen, daß junge Menschen selbst Politik machen, ihre Sichtweisen einbringen und bewußt ihre Interessen wahrnehmen können. Das aktive Wahlalter soll auf allen Ebenen auf 16 Jahre gesenkt werden. Kinder und Jugendliche benötigen direkte Mitwirkungsmöglichkeiten in Vertretungen, Räten und Ausschüssen. Wir unterstützen Kinder- und Jugendparlamente mit realen Mitwirkungsrechten, Jugendinitiativen und alternative Jugendprojekte.

Ausgehend von der UNO-Konvention über die Rechte des Kindes streben wir an, daß das Grundgesetz um einen Artikel zu den Grundrechten von Kindern und Jugendlichen ergänzt wird. Wir setzen uns dafür ein, daß das bundesweit einheitlich geltende Kinder- und Jugendhilfegesetz, das die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in sie

betreffende Entscheidungsprozesse regelt, auf allen Ebenen strikt durchgesetzt wird. Mindestens 20 Prozent der Mittel aus dem kommunalen Jugendhilfeeetat müssen direkt für die Jugendarbeit eingesetzt werden. Als wichtigen Schritt, den Rechten der Kinder in Politik und Gesellschaft mehr Geltung zu verschaffen, fordern wir, Stellen für Kinderbeauftragte auf allen politischen Entscheidungsebenen einzurichten. Zudem setzen wir uns dafür ein, daß in der Städteplanung die spezifischen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen berücksichtigt werden und von ihnen gewünschte Aktions- und Lebensräume entstehen.

Jugendliche brauchen vielfältige Stätten der Begegnung, der Kommunikation und aktiven Freizeitgestaltung, die sie unentgeltlich nutzen und auch selbst gestalten können. Selbstbestimmte Lebensformen sollen gefördert werden.

Mit weitgespannten gesellschaftlichen Konzepten kann der sich ausbreitenden Gewalt und Intoleranz in Kitas, an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen offensiver entgegen gewirkt werden. Kinder und Jugendliche müssen lernen können, Konflikte gewaltfrei auszutragen. Die Darstellung brutaler Gewaltanwendung, insbesondere in den elektronischen Medien, muß eingeschränkt werden.

Wir halten daran fest, daß jedes Kind bis zum Alter von 12 Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Kita- bzw. Hortplatz hat. Ganztagsplätze tragen in besonderem Maße dazu bei, diesen Grundsatz zu verwirklichen. Die Höhe der Kita-Gebühren soll sich in allen Bundesländern am Einkommen der Sorgeberechtigten und der Zahl ihrer Kinder orientieren. Für Kinder von Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern soll der Kita- bzw. Hortplatz beitragsfrei sein.

Die Lebensleistung der älteren Generationen würdigen

Die PDS setzt sich für ein selbstbestimmtes, materiell gesichertes und sozial integriertes Leben im Alter ein. Steigende Lebenshaltungskosten, Abbau von Sozialleistungen und Rentenunrecht beeinträchtigen die Lebensqualität von Seniorinnen und Senioren erheblich. Wir wollen, daß die Lebensleistungen der älteren Generationen geachtet und den nachfolgenden Generationen vermittelt werden. Seniorinnen und Senioren sollen aktiv

teilhaben an Politik, Umwelt, Sozialem, Kultur und Sport. Dafür müssen entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Seniorenbegegnungs- und -freizeitstätten, Seniorenbüros und -werkstätten sollen erhalten, zusätzliche geschaffen und die inhaltlichen Angebote attraktiver werden. Wir unterstützen Seniorenorganisationen, Vereine und Initiativen, die aktive Selbsthilfe betreiben, und befürworten die Ausweitung parlamentarischer Rechte für Seniorinnen- und Seniorenbeiräte und -vertretungen.

Die PDS setzt sich für altengerechten, kündigungsgeschützten und bezahlbaren Wohnraum, umfassende gesundheitliche Betreuung und ein barrierefreies öffentliches Verkehrsnetz ein.

Wir stellen fest, daß sich besonders ältere Menschen durch anwachsende Kriminalität und Gewalt bedroht sehen und sich aus dem öffentlichen Leben zurückziehen. Dem wollen wir entgegenwirken. Wir wollen politische und soziale Verhältnisse, in denen alle Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt und kriminellen Übergriffen geschützt sind. Ein den Erfordernissen entsprechendes Netz von Informations- und Beratungsstellen, von Sozialstationen und -diensten muß kompetente Unterstützung und entsprechende Assistenzleistungen erbringen, damit Betroffene ihren Alltag und ihre individuellen Krisensituationen bewältigen können.

Gleiche Chancen für Menschen mit Behinderungen

Die bundesdeutsche Gesellschaft ist gegenwärtig weit davon entfernt, Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes, weitgehend unabhängiges und gleichberechtigtes Leben zu ermöglichen. Mehr Selbständigkeit, Selbstbestimmung und demokratische Mitwirkung von Menschen mit Behinderungen zu erreichen, verlangt unter anderem, entschiedener gegen Behördenwillkür und politische Entmündigung aufzutreten und sich für mehr Projekte einzusetzen, die behinderten Menschen ein Höchstmaß an Selbständigkeit und Freiraum ermöglichen.

Vor allem die Ausgrenzung aus Leistungen der Pflegeversicherung, die Novellierung des Bundessozialhilfegesetzes, die Neufassung des Arbeitsförderungsgesetzes sowie die Veränderungen im Betreuungs- und Rentenrecht beschränken und verhindern die

gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben der Gesellschaft. Verarmung, Verängstigung und gesellschaftliche Isolation sind bei vielen die Folge. Die PDS orientiert ihre Behindertenpolitik an den von der UNO-Vollversammlung 1993 verabschiedeten Rahmenbedingungen für die Herstellung der Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen (Standard Rules).

Die Lebens-, Arbeits- und Wohnwelt behindertengerecht zu gestalten, ist unser Anliegen. Dazu gehört die Förderung der integrativen Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen. Wir unterstützen alle Aktivitäten zum Erhalt und Ausbau bestehender Strukturen der Selbsthilfe und wehren uns gegen Bestrebungen der Bundesregierung, mit Hilfe fiskalischer Regelungen Selbsthilfe einzuschränken. Mit Sorge verfolgen wir die Entwicklung bei der Umsetzung des Pflegeversicherungsgesetzes. Einige Verbesserungen werden mit langfristig wirkenden Verschlechterungen für Betroffene erkaufte. In der Annahme und Umsetzung eines steuerfinanzierten Pflege-Assistenz-Gesetzes sehen wir eine reale Alternative zu dieser Entwicklung.

Gleiche Rechte für alle - gemeinsam gegen Rassismus und Ausgrenzung

Wir erleben ein gesellschaftliches Klima der Entsolidarisierung und Fremdenfeindlichkeit. Das begünstigt Rechtsextremismus, Rassismus und das Aufleben von Antisemitismus. Die Bundesregierung hat mit der vor allem in Wahlkampfzeiten verschärften Kampagne zu "Asyl- und Sozialmißbrauch" und "Ausländerkriminalität" maßgeblich dazu beigetragen, daß eine Atmosphäre der Feindseligkeit gegenüber Menschen ohne deutschem Paß entstanden ist. Das Recht auf Asyl wurde weitgehend abgeschafft. Flüchtlingen, Immigrantinnen und Immigranten werden elementare Bürgerrechte verwehrt. Straf- und Gewalttaten aus rassistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Motivation nehmen zu. Aus Schulen, Universitäten, Vereinen, Verbänden, öffentlichen Einrichtungen und der Bundeswehr werden tagtäglich alarmierende Tatsachen bekannt. Sie hängen nicht zuletzt mit der diskriminierenden Ausländerpolitik der Bundesregierung zusammen. Mitglieder verbotener rechtsextremistischer Organisationen schließen sich in anderen rechten Strukturen neu zusammen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland. Migrantinnen und Migranten sind ein dauerhafter, fester Bestandteil dieser Gesellschaft. Die PDS bleibt dem Ziel einer multikulturellen Gesellschaft verpflichtet, einem Zusammenleben von Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten, das auf gleichen Rechten, Frieden, Solidarität und Völkerverständigung beruht. Wir wollen mit fortschrittlichen Kräften und insbesondere mit den Selbstorganisationen der Migrantinnen und Migranten zusammenarbeiten, damit nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden wird. Wir verlangen einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung, die Möglichkeit doppelter Staatsbürgerschaft und das aktive und passive Wahlrecht für Menschen, die fünf Jahre und länger ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Der völkische Charakter des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts muß beseitigt werden. Die PDS tritt dafür ein, daß Migrantinnen und Migranten, Aussiedlerinnen und Aussiedler gleiche Zugangsvoraussetzungen für den Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarktbereich bekommen wie hier aufgewachsene Deutsche. Dazu zählen die unbürokratische Anerkennung von Schul-, Ausbildungs- und Hochschulabschlüssen und umfassende interkulturelle Fördermaßnahmen.

Die PDS setzt sich für ein umfassendes Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetz ein. Aus Gesetzen und Rechtsverordnungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene müssen Normen, die die Ungleichbehandlung von Deutschen und Einwanderinnen und Einwanderern festschreiben, entfernt werden. Durch die Einführung eines Niederlassungsrechts sollen Migrantinnen und Migranten ein eigenständiges Aufenthaltsrecht bekommen, unabhängig vom Ehepartner und vom Bestand der Ehe. Gebraucht wird eine Gesamtkonzeption zur Integration von Migrantinnen und Migranten. Erst auf dieser Grundlage ist eine differenzierte Integration auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene möglich.

Kein Mensch flieht ohne Not aus seiner Heimat. Menschen, die vor politischer, religiöser und sexueller Verfolgung, Krieg, ökologischen und sozialen Katastrophen flüchten, müssen auch in der Bundesrepublik Aufnahme finden können. Als einer der weltweit wichtigsten Exportstaaten und größten Waffenlieferanten in Länder der Dritten Welt - auch und gerade in Krisenregionen - trägt auch die Bundesrepublik Verantwortung für Kriege, soziale und ökologische Katastrophen, die Menschen zur Flucht zwingen. Nur eine zu-

kunftsfähige Weltwirtschaftsordnung, die den Reichtum in der Welt und die gesellschaftlichen Beteiligungschancen gerechter verteilt, wird helfen, Fluchtursachen zu bekämpfen.

Die Migrations- und Asylpolitik der PDS basiert auf unserem Verständnis von Demokratie, Humanität und Menschenrechten und verfolgt vor allem folgende Ziele: Erstens: Aufnahme und Hilfe für Menschen in Not, deshalb für diese Menschen offene Grenzen. Zweitens: Beseitigung der Diskriminierungen von Migrantinnen und Migranten und differenziertere Maßnahmen zu ihrer Integration. Drittens: Gleiche Rechte und gleiche Rechtssicherheit für Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik gewählt haben.

Kein Mensch darf in Länder abgeschoben werden, in denen Gefahr für Leib, Leben und seelische Integrität besteht. Asyl ist ein Menschenrecht. Das Grundrecht auf Asyl muß im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention wiederhergestellt werden. Damit wird nicht nur staatliche, sondern auch nichtstaatliche Verfolgung als asylrelevant anerkannt. Schutzlosigkeit gegenüber sexueller Gewalt und gegenüber Gewalttaten gegen die körperliche und seelische Integrität von Frauen und Mädchen sind anzuerkennende Fluchtgründe. Zu den Gründen für Asylgewährung ist auch die Verfolgung wegen sexueller Orientierung zu rechnen. Das geltende Asylbewerberleistungsgesetz, das Flüchtlinge demütigt, soll abgeschafft werden. Bezug von Sozialhilfe darf kein Ausweisungsgrund sein. Flüchtlinge müssen menschenwürdig untergebracht werden. Minderjährige Flüchtlinge sollten aus dem Asylverfahren herausgenommen werden. Ihnen ist sofortiges Aufenthaltsrecht und spezifische Betreuung zu gewähren. Sie benötigen schulische und berufliche Qualifizierung.

Die PDS wird weiterhin gemeinsam mit anderen demokratischen und antifaschistischen Kräften konsequent Widerstand gegen Rechtsentwicklung, Rassismus und Antisemitismus leisten. Die Entwicklung breiter antifaschistischer Bündnisse ist der PDS ein dringliches politisches Anliegen. Wir fordern die Entschädigung aller bisher davon ausgeschlossenen Opfer der NS-Herrschaft im In- und Ausland, einschließlich der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, der Roma und Sinti, der Homosexuellen, der Eutha-

nasiopter und Zwangssterilisierten, die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure und der wegen Wehrkraftzersetzung Verurteilten sowie die Aufhebung der noch bestehenden NS-Urteile. Konzerne, die von Zwangsarbeit und dem Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen materiellen Nutzen hatten, müssen für Entschädigungsleistungen herangezogen werden.

Demokratisierung der Demokratie

Das Resultat von eineinhalb Jahrzehnten neokonservativer Politik der Unternehmerverbände und der CDU/CSU/FDP-Koalition in der Bundesrepublik ist auch eine tiefe politische Krise. Viele Menschen glauben nicht mehr an die Fähigkeit der Politik, die gesellschaftlichen Zustände zum Besseren zu verändern. Die Unternehmerorganisationen diktieren offen und rücksichtslos ihre Ziele und Maßstäbe politischen Handelns. Macht droht unkontrollierbar zu werden. In dieser Situation ist das Erlangen öffentlicher, demokratischer Kontrolle und Gestaltungsmöglichkeiten dringend notwendig.

Die Forderung des Grundgesetzes, die Bevölkerung im Falle der Herstellung der deutschen Einheit über eine neue Verfassung abstimmen zu lassen, ist unerfüllt geblieben. Ostdeutschland ist auch rechtlich noch heute ein Sondergebiet. Die Beseitigung der Ungleichbehandlung der Ostdeutschen ist eine wesentliche Voraussetzung für das Bewahren und Festigen der rechtsstaatlichen Praxis in ganz Deutschland. Die PDS kämpft auch weiterhin konsequent gegen Einkommens- und Rentenungleichheit, die Vertreibung aus Eigenheimen und von Grundstücken, die Kürzung oder Streichung berechtigter Fördermittel, Strafrenten, Berufsverbote, politische Strafverfolgung und die Mißachtung und Diskreditierung ostdeutscher Biographien. Wir treten für eine gerechte Verteilung von Grund und Boden und für den Erhalt der Ergebnisse der Bodenreform ein. Wir verurteilen energisch alle Versuche, die Bodenreform rückgängig zu machen. Dem "Gesetz über die Rechte der Eigentümer von Grundstücken aus der Bodenreform vom 06.03.1990" ist volle Geltung zu verschaffen.

Die PDS tritt für die umfassende Realisierung der politischen und sozialen Menschenrechte ein. Alle Menschen sollen sich an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen selbstbewußt beteiligen, soziale und solidarische Verantwortung übernehmen können. Die PDS will eine neue Demokratisierung der Gesellschaft: Erstens durch die wesentlich erweiterte Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der jeweils Betroffenen und ihrer Organisationen. Zweitens durch die entschiedene Ausdehnung direkter Demokratie. Drittens durch die Institutionalisierung von neuen Gegenmächten. Viertens durch die Wiedergewinnung bzw. Verteidigung der repräsentativen Demokratie und die Erweiterung ihrer Grundlagen. Fünftens durch den Ausbau der Wirtschaftsdemokratie.

Die PDS entwickelt und unterstützt Aktivitäten, die darauf abzielen, die spezifischen Rechte der in Deutschland lebenden Sorben, Dänen, Friesen, Sinti und Roma auf Schutz, Erhalt und Pflege ihrer nationalen Identität umfassend zu gewährleisten und im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu verankern. Die Verbände der nationalen Minderheiten sind wirksam in die Vorbereitung von Entscheidungen der Bundesregierung, der Landesregierungen und in die Verwaltungs- und Planungstätigkeit, die ihre besonderen nationalen Interessen betreffen, einzubeziehen.

Plebiszitäre Demokratie ausweiten

Die Stärkung der plebiszitären Demokratie ist dringend notwendig. Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf allen Ebenen, von den Kommunen über die Länder- und Bundesebene bis zur Europäischen Union, sollen dazu beitragen, Menschen an der Entscheidung ihrer eigenen Angelegenheiten zu beteiligen, sie zu aktivem politischen Handeln zu mobilisieren und gesellschaftlichen Druck auf die politisch Verantwortlichen auszuüben. Für Volksinitiativen und Volksbegehren sollen niedrige Einstiegsquoren und mindestens viermonatige Laufzeiten gelten. Der Wesensgehalt von Grundrechten, die Rechts- und Sozialstaatlichkeit sowie die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland dürfen nicht Gegenstand von Volksentscheiden sein.

Außerparlamentarische Bewegungen, Bürgerinitiativen und Betroffene müssen bereits aktiv und gleichberechtigt in den Prozeß der Vorbereitung sie betreffender Entscheidungen einbezogen werden. Gremien wie Runde Tische, gesellschaftliche Untersuchungs-

kommissionen und andere, in denen Interessengegensätze ausgetragen werden und um Konsens gerungen wird, sollen gefördert, rechtlich abgesichert und mit Einfluß gegenüber den Entscheidungsgremien in den Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen ausgestattet werden. Einrichtungen und Verbände, die nicht auf Profit orientiert sind, sollen mit mehr Kontroll- und Informationsrechten hinsichtlich wirtschaftlicher Entscheidungen ausgestattet werden und größere gesellschaftliche Beachtung finden. Das Petitionsrecht ist auszubauen. Die PDS setzt sich für die Annahme eines Ehrenamtsgesetzes ein.

Kommunale Selbstverwaltung stärken

Die Folgen neoliberaler Politik sind in den Kommunen in besonderer Weise spürbar. Die Kommunen werden durch die Übertragung von Bundes- und Landesaufgaben - trotz leerer Kassen vor allem im sozialen Bereich - mit wachsenden Ausgaben belastet, Ihr Handlungsspielraum wird weiter eingeschränkt.

Die PDS setzt sich dafür ein, daß die Kommunen über mehr Rechte und reale Möglichkeiten verfügen, öffentliche Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu regeln und zu gestalten. Die im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung soll durch mehr Verfügungsrechte über finanzielle Mittel, erweiterte Befugnisse und direkte Gestaltungsmöglichkeiten wiederhergestellt und gefestigt werden. Ein finanzielles Ausbluten der Kommunen muß verhindert werden. Nötig ist eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzierung. Die ostdeutschen Kommunen leiden besonders unter den Kürzungen der Finanzmittel. Deshalb sollen sie erneut eine gesetzlich garantierte Investitionspauschale des Bundes erhalten. Fördermittel sollen so verteilt werden, daß sie direkt an die Kommunen fließen. Die PDS fordert vom Bund, die Kommunen von den Sozialhilfekosten zu entlasten, um die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden zu erhalten.

Erforderlich ist eine kommunalfreundliche Novellierung der Vermögensregelungen für Ostdeutschland zur Beendigung der stattfindenden kalten Enteignung der ostdeutschen Kommunen und zur wesentlichen Beschleunigung der Zuordnungsverfahren. Als erste Partei und am konsequentesten hat die PDS im Deutschen Bundestag die vollständige

Übernahme der sogenannten Altschulden durch den Bund im Rahmen des Erblastentilgungsfonds gefordert.

Die von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten Vertretungen gegenüber den Verwaltungen zu stärken, ist unser Anliegen. Wir wollen, daß Verwaltungen bürgernah und transparent arbeiten. Gemeindegebietsreformen sollen mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern und nicht gegen ihren Willen durchgeführt werden.

Rechte der Legislative und der Opposition erweitern

Die PDS fordert zur Verteidigung und zum Ausbau der Rechte der Legislative gegenüber der Exekutive auf. Ausschüsse in den Volksvertretungen sollen grundsätzlich öffentlich tagen. Volksinitiativen sollen Rederecht vor den Parlamenten und in Ausschüssen besitzen. Wir wollen die Errichtung einer parlamentarischen Kammer auf Bundesebene als Vertretung sozialer, ökologischer, feministischer und anderer Bewegungen.

Die PDS will dazu beitragen, daß die parlamentarische Öffentlichkeitsarbeit deutlich verbessert wird. In den Parlamenten sollen Initiativrechte erweitert und Fragestunden für Bürgerinnen und Bürger eingerichtet werden. Die PDS tritt dafür ein, im Deutschen Bundestag sowie in anderen Parlamenten das Amt von Bürgerbeauftragten einzurichten, die demokratisch gewählt werden und als Interessenvertretungen der Bürgerinnen und Bürger tätig sind, wenn deren politische und soziale Grundrechte vom Staat bzw. den Verwaltungen verletzt werden. Regierungsmitglieder sollen durch das Parlament gewählt bzw. abgewählt werden.

Das Recht der Opposition auf stärkere Beteiligung wollen wir in allen Verfassungen festschreiben. Wir sind dafür, daß die für Haushalt und Petitionen zuständigen Ausschüsse von der Opposition geleitet werden. Frage-, Rede-, Antrags- und Akteneinsichtsrechte werden an das Abgeordnetenmandat gebunden. Ein politisches Mandat ist mit einem unternehmensberaterischen unvereinbar. Die PDS spricht sich in einer Zeit, da durch Parlamentsmehrheiten immer gravierendere Einschnitte in die Sozialgesetzgebung beschlossen werden, gegen Diätenerhöhungen aus. Doppelbezüge sowie besondere Privi-

legien von Ministern und Staatssekretären sind abzuschaffen. Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte von Abgeordneten sind offenzulegen.

Das Wahlrecht demokratisieren

Wir fordern eine Demokratisierung des Wahlrechtes durch folgende Ergänzungen: Erstens: Das aktive Wahlrecht wird auf 16 Jahre gesenkt. Zweitens: Nichtdeutsche, die fünf Jahre oder länger ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben, erhalten das aktive und passive Wahlrecht. Drittens: Die 5%-Sperrklausel wird aufgehoben. Viertens: Den Wählerinnen und Wählern wird die Möglichkeit eingeräumt, auf der Liste einer Partei bis zu drei der von ihnen gewünschten Kandidatinnen und Kandidaten anzukreuzen, um die Reihenfolge der Kandidatinnen und Kandidaten bei der Listenwahl selbst zu bestimmen. Fünftens: Sogenannte Überhangmandate sind so zu kompensieren, daß die Zusammensetzung des Bundestages dem Zweitstimmenergebnis für die Parteien entspricht. Sechstens: Bundestagswahlen werden mit der Entscheidung von Sachfragen (Volksentscheiden) verbunden. Die getroffenen Entscheidungen sind für den gewählten Bundestag bindend.

Mehr Demokratie am Arbeitsplatz, in Betrieben und Unternehmen

Die PDS hält Mitbestimmung der Beschäftigten und Wirtschaftsdemokratie für eine der wichtigsten Herausforderungen der Gegenwart. Dazu gehört insbesondere die Mitbestimmung der Betriebsräte in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Die PDS unterstützt die Gewerkschaften in der Zurückweisung aller Angriffe auf die grundlegenden Sozial- und Bürgerrechte. Die Verschlechterung des Arbeits- und Sozialrechtes muß rückgängig gemacht werden. Das bedeutet: Ausbau des Kündigungsschutzes, 100prozentige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Wiedereinführung einer Vorruhestandsregelung und der Schlechtwettergeldregelung sowie des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes in der vor 1996 gültigen Fassung, Rückkehr zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik und zu für die Beschäftigten sozial verträglichen Länderschlußregelungen.

Die PDS setzt sich für ein Verbot von Massenentlassungen und Aussperrungen ein. Der Schutz der Menschen vor prekären Beschäftigungsverhältnissen und - solange es sie gibt - in prekären Beschäftigungsverhältnissen muß geregelt werden. Wir wollen, daß das Reklamations- und Zurückbehaltungsrecht der Beschäftigten bei betrieblichen Verstößen gegen Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsbestimmungen ausgebaut und für die Gewerkschaften ein Verbandsklagerecht eingeführt wird. Das Betriebsverfassungsgesetz und die Personalvertretungsgesetze sollen mit dem Ziel reformiert werden, sowohl die Mitbestimmung der Betriebs- bzw. Personalräte im Betrieb als auch der einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an ihrem Arbeitsplatz auszuweiten. Der Arbeitnehmer- und der Betriebsbegriff müssen in einem novellierten Betriebsverfassungsgesetz so präzisiert werden, daß Scheinselbständige und andere neue Beschäftigungsgruppen unter den Schutz der Betriebsräte fallen. Im Zusammenhang mit der Entwicklung eines Arbeits- und Sozialgesetzbuches sollen die individuellen Reklamations- und Beschwerderechte der einzelnen Beschäftigten und die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Vertrauensleuten und Betriebsräten erweitert werden. Die PDS will ihren politischen Einfluß dafür geltend machen, die Rechte von Belegschaften und Gewerkschaften in Richtung einer Demokratisierung des Wirtschafts- und Unternehmensbereiches auszubauen. Wir fordern, daß Wirtschafts-, Öko- und Sozialräte bzw. öffentliche Aufsichtsräte mit rechtlich verbindlichen Informationsansprüchen und Einflußmöglichkeiten auf Unternehmensentscheidungen eingerichtet werden. Es geht um die Schaffung einer demokratischen Unternehmensverfassung, in der den Belegschaften und ihren Gewerkschaften mehr Rechte gegenüber Management und Eigentümern eingeräumt werden.

Sicherheit gewährleisten – Grundrechte schützen

In der Bundesrepublik fürchten immer mehr Menschen um ihre Sicherheit. Diese Sorgen um den Schutz vor kriminellen Angriffen nimmt die PDS ernst. Zugleich wenden wir uns gegen grundrechtswidrige Eingriffe des Staates in die persönliche Sphäre der Bürgerinnen und Bürger, gerade weil wir um die Politik der SED, ihren entmündigenden Charakter und ihr Scheitern wissen und aus den Fehlern unserer Geschichte lernen. Die Ansprüche der DDR-Bürgerinnen und -Bürger in der Wendezeit wollen wir positiv bewahren. Soziale Existenzunsicherheit und Ungerechtigkeit sowie soziale Ausgrenzung und gefährdete Lebensperspektiven für junge Menschen bilden den gesellschaftlichen Bo-

den für wachsende Kriminalität. Wirtschaftskriminalität, Steuerhinterziehung, Korruption und Betrug in großem Maßstab kosten dem Steuerzahler jährlich Milliarden.

Die beste Politik zur Bekämpfung von Kriminalität ist eine gute Sozialpolitik. Gewalt erzeugende gesellschaftliche Strukturen müssen vor allem mit sozialen und politischen Mitteln und Methoden zurückgedrängt werden. Jedoch erkennen wir an, daß der Schutz von Leben, Gesundheit, Privatsphäre und persönlichem Eigentum nicht nur durch positiv-gestaltende soziale, ökonomische und pädagogische Maßnahmen, sondern auch polizeilich und juristisch zu sichern ist. Wir wenden uns aber entschieden gegen eine Politik der "Inneren Sicherheit", die einseitig auf polizeiliche und strafrechtliche Repression setzt, die die vorhandenen Ängste vor wachsender Kriminalität noch schürt, Grundrechte beschränkt und einzelne soziale Gruppen als Hauptgefahr stigmatisiert und zum Überwachungsstaat hin tendiert. Eine solche Politik bedroht die politischen Freiheiten und die Privatsphäre der Menschen. Die PDS unterstützt Initiativen, wie die "Kritischen Polizistinnen und Polizisten", die sich dagegen wenden, daß die Polizei als Politikersatz mißbraucht wird.

Die PDS verurteilt entschieden den Mißbrauch des Gewaltmonopols durch den Staat. Sie setzt sich für Entkriminalisierung der Akte passiven Widerstands wie Demonstrationen, Blockaden, individuelle und kollektive Gehorsamsverweigerung, politische Streiks ein. Ziviler Ungehorsam ist ein unveräußerlicher Bestandteil politischer Kultur. Die PDS fordert die Rücknahme der Verschärfungen des Demonstrationsstrafrechts, will die Streichung des § 129a, ist gegen politische Betätigungsverbote für Ausländerinnen und Ausländer und für die Aufhebung des PKK-Verbots.

Wenn Drogen ärztlich kontrolliert abgegeben werden, können Drogenhandel, Beschaffungskriminalität und -prostitution wirksam bekämpft und kann Suchtkranken jederzeit die erforderliche Hilfe gewährt werden. Die PDS unterstützt die Initiativen eines breiten Spektrums von Fachleuten zur Entkriminalisierung des Drogengebrauchs. Wir unterstützen ein Werbeverbot für alle Drogen, auch für Alkohol, Tabak- und Pharmazieprodukte.

Wir sind für eine Demokratisierung der Strafrechtspolitik. Delikte mit geringem Sachschaden sollen außerhalb des Strafrechts geahndet werden. Durch zivilrechtliche Wie-

dergutmachung und Täter-Opfer-Ausgleich kann den von Kriminalität Betroffenen nachhaltiger geholfen werden. Der kriminelle Mißbrauch ökonomischer Macht (Korruption, Umweltkriminalität, Steuer- und Anlagebetrug) muß auch durch den Ausbau demokratischer Kontrolle bekämpft werden. Beschuldigten- und Verteidigerrechte dürfen - auch unter dem Vorwand einer zügigen Verfolgung von Straftaten - nicht beeinträchtigt werden. Der Strafvollzug muß einem humanen und liberalen Leitbild verpflichtet sein. Mit ihrem Entwurf für eine umfassende Justizreform will die PDS ineffiziente Strukturen überwinden und undemokratische Hindernisse in der Justizorganisation beseitigen. Die PDS fordert die Beendigung politischer Strafverfolgung in Ost- und Westdeutschland, der Strafverfolgung wegen Spionage im Kontext der Systemauseinandersetzung zwischen West und Ost sowie die Rehabilitierung aller Opfer des kalten Krieges. Abschiebehaft muß abgeschafft werden.

Die Aufgabe der Polizei besteht in der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung. Es geht vor allem um die Bekämpfung von Gewalttaten, schweren Betrugs- und Diebstahlsdelikten, Wirtschafts- und Umweltkriminalität. Polizeiliche Treibjagden auf Antifaschistinnen und Antifaschisten, Atomkraftgegnerinnen und -gegner und Obdachlose verurteilt die PDS. Kasernierte Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz sind schrittweise abzubauen. Die Polizei hat angesichts wachsender Kriminalität einen Anspruch auf technisch und personell verbesserte Arbeitsbedingungen, auf Entbürokratisierung ihres Dienstes und soziale Sicherheit, nicht aber auf verstärkte Überwachungsmittel und zunehmende Bewaffnung. Wir sind für eine demokratische Polizeireform, unter anderem mit folgenden Zielen: Befähigung zur Deeskalation und Prävention, Dezentralisierung der Polizei, Einführung von Polizeibeauftragten mit weitreichenden Kontrollbefugnissen gegenüber polizeilichen Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen, stärkere parlamentarische Kontrolle der Polizei und privater Sicherheitsdienste. Die PDS begrüßt es, wenn sich Bürgerinnen und Bürger um Fragen der öffentlichen Sicherheit kümmern und in Präventionsräten zusammenarbeiten. In diesen Gremien sollte die Polizei lediglich eine beratende Funktion ausüben. Die PDS lehnt aus prinzipiellen verfassungs- und polizeirechtlichen Gründen die Einführung von Hilfspolizeien und Bürgerwehren ab. Die PDS ist strikt gegen den "Großen Lauschangriff" und wird sich dafür einsetzen, das Grundrecht auf Unverletzbarkeit der Wohnung wieder herzustellen.

Die parlamentarisch-öffentliche Kontrolle der europäischen Polizei ist unabdingbar. Deshalb lehnen wir es ab, daß "Europol"-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter Immunität genießen.

Geheimdienste bewegen sich stets am Rande oder außerhalb der Legalität, schüren Mißtrauen und verbrauchen enorme Steuermittel. Geheimdienste sind nicht demokratisierbar. Wir fordern ihre Abschaffung.

3. Kultur mit Zukunft – Zukunft mit Kultur

Die tiefe Kulturkrise, in der sich die Gesellschaft befindet, ist allerorten spürbar: Schulen mit überfüllten Klassen, abnehmendes Bildungsniveau und steigender Leistungsdruck, zunehmende Differenzierung der Schulen, die Kindern aus sozial schwächeren Bevölkerungsschichten den Zugang zu höherer Bildung erschwert, Unfähigkeit der Gesellschaft, allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu garantieren.

Kultur ist Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Grundlage für Emanzipation und Selbstentfaltung des Menschen. Die kulturellen Grundrechte sind Menschenrechte.

Massenuniversitäten mit minimalen Kontakten zwischen Studierenden und Lehrenden, der ökonomische Zwang für eine Mehrheit der Studierenden zu jobben, Verkrustungen in der Organisation, Entwissenschaftlichung und finanzielle Ausdünnung der Hochschulen, Arbeitslosigkeit unter Absolventinnen und Absolventen reduzieren Wert und Effizienz des Studiums. Der Staat liefert die Hochschulen der Kommerzialisierung aus. Die Tendenz, das Hochschulstudium in Eliteausbildung und arbeitsmarktorientierte Massenausbildung zu spalten, nimmt - besonders auch in den neuen Bundesländern - deutlich zu.

Schließung von Theatern, Konzerthäusern, Auflösung künstlerischer Ensembles, für immer mehr Menschen zunehmend unerschwingliche Preise für Begegnungen mit an-

spruchsvoller Kultur, Beschneidung der Mittel für öffentliche Bibliotheken, Mangel an Jugendclubs und Jugendräumen schmälern die Möglichkeiten sinnvoller Freizeit und marginalisieren humanistisches Wirken von Kunst und Literatur. Nicht wenige Künstlerinnen und Künstler leben in sozialen Ängsten, die sie abhängig machen.

Die Konzentration und Monopolisierung der Massenmedien schreitet fort. Die marktwirtschaftliche Vielfalt von Presseerzeugnissen und Fernsehkanälen entpuppt sich als zunehmend uniform und untergräbt so die Auswahlmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen Angeboten.

Grundlegende Reformen sind gefordert, damit allen Menschen nach ihrem Willen und Können Zugang zu jeder Form und Stufe von Bildung, Ausbildung, Kultur, Information und den Netzen der neuen Medien, frei von gesellschaftlichen Barrieren, möglich wird. Leitung und innere Verfaßtheit von Schulen, Hochschulen und Massenmedien bedürfen der tiefgreifenden Demokratisierung ebenso wie die Entscheidungen über die grundlegenden Richtungen der wissenschaftlichen Forschung. Die PDS will gemeinsam mit allen, die das gleiche Ziel haben, solche Reformen auf den Weg bringen.

Kulturelle Selbstbestimmung sichern

Sicherung der kulturellen Selbstbestimmung der Menschen auch in Bereichen, die außerhalb des engen Spektrums von Moden und Zeitgeist liegen, Verhinderung des Abbaus kultureller Infrastruktur sind Eckpunkte der Kulturpolitik der PDS. Sie fördert Entwicklung, Selbstbestimmtheit und kulturelle Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen. Freie Träger und von der öffentlichen Hand unterhaltene Kulturinstitute sind dabei gleichwertige und gleich wichtige Partner und sollen es bleiben.

Museen und Gedenkstätten spiegeln den Umgang mit der Vergangenheit wider, der auf den Umgang mit der Zukunft verweist. Wir wollen, daß in den Kommunen die Angebote von Bibliotheken, Volkshochschulen, Räumen für Laienkunst, Treffpunkten für Kommunikation und Stadtteilstunden als wichtige Elemente bürgernaher Kulturpolitik für alle Altersgruppen und sozialen Schichten erhalten und erweitert werden.

Kulturfinanzierung soll zur Pflichtaufgabe der Kommunen werden, wofür sie vom Bund und den Ländern finanziell auszustatten sind. Wir sind dafür, daß im Gemeindefinanzierungsgesetz - ähnlich dem Finanzierungsmodell der städtischen Theater - eine Pauschale für kommunale Kulturarbeit eingestellt wird.

Die PDS schlägt die Gründung einer bundesweiten Stiftung vor, deren Aufgabe darin besteht, die regionale und überregionale Vernetzung von kultureller Arbeit zu fördern. Auf Bundesebene soll eine kulturpolitische Interessenvertretung eingerichtet werden, die der ideenlosen Sachzwangargumentation entgegenwirkt.

Es darf nicht länger hingenommen werden, daß eine ganze Industrie von öffentlichen Kulturleistungen profitiert, ohne etwas dafür zu zahlen. Wir schlagen vor, die Kultur- und Unterhaltungsindustrie zu verpflichten, finanzielle Beiträge an öffentliche Einrichtungen kultureller Bildung zu leisten, sind aber auch bereit, andere Vorschläge für die Refinanzierung öffentlicher Kulturausgaben aufzunehmen.

Kreativität erfordert Planungssicherheit für ihre Rahmenbedingungen. An ihr fehlt es kulturellen Einrichtungen insgesamt ebenso wie vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Kulturbereich, die nur kurzfristig beschäftigt werden. Hier kann der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor für die notwendige Langfristigkeit sorgen. Für Künstlerinnen und Künstler in freien Beschäftigungsverhältnissen sind Mitbestimmungsrechte gesetzlich zu fixieren, soziale Sicherheit bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter zu gewährleisten. Die Stellung der Autorinnen und Autoren gegenüber Verlagen und Medien ist deutlich zu verbessern.

Für die neuen Bundesländer verlangt die PDS von der Bundesregierung wirksame Maßnahmen zur vollen Einhaltung des Artikels 35 des Einigungsvertrages, damit die kulturelle Substanz aus der DDR nicht noch mehr Schaden nimmt.

Die Förderung des Sports gehört als Staatsziel in das Grundgesetz und alle Länderverfassungen. Sie soll als Pflichtaufgabe der Länder und Kommunen festgeschrieben werden. Zur Umsetzung der Sportförderkonzeptionen und zur Sicherung des Sportunterrichts benötigen die Kommunen eine entsprechende Finanzausstattung durch Bund und Länder. Wir wenden uns gegen die Kürzung der Mittel zur Sanierung

von Sportstätten, die Schließung von Schwimmbädern und Sporthallen, die Verminderung des Sportunterrichts und die profitable Privatisierung von Sportstätten. Wir sind gegen die weitere Kommerzialisierung des Sports.

Bildung ist Menschenrecht

Bildung ist ein grundlegendes Menschenrecht. Die PDS fordert, das Recht auf Bildung als Grundrecht im Grundgesetz der Bundesrepublik und in allen Landesverfassungen zu verankern und als Individualrecht auszugestalten. Notwendig sind gesetzliche Regelungen in Bund und Ländern, die für alle eine solide Allgemeinbildung gewährleisten und gleiche Bildungschancen sichern, das Recht auf berufliche Erstausbildung garantieren, lebenslanges Lernen für alle ermöglichen, zum Ausgleich unterschiedlicher sozialer Lagen durch besondere Förderung verpflichten und uneingeschränkte Lehr- und Lernmittelfreiheit den Schulen gewähren. Wir sind für niedrigere Klassenfrequenzen und gegen die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtungen für Lehrerinnen und Lehrer.

Wir wollen eine emanzipatorische, antipatriarchale und antirassistische Jugend- und Bildungspolitik. Gebraucht werden Regelangebote für mehrsprachige Erziehung und für den muttersprachlichen Unterricht für Kinder und Jugendliche nichtdeutscher Herkunftssprache sowie interkulturelle Aus- und Fortbildung von Pädagoginnen und Pädagogen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Bildung soll dazu beitragen, existierende Rollenbilder innerhalb der Gesellschaft aufzubrechen und die Akzeptanz aller Lebensweisen zu entwickeln.

Die PDS strebt eine grundlegende demokratische Schulreform an. Wir sprechen uns für die bevorzugte Förderung von öffentlichen Grundschulen und Gesamtschulen aus. Dörfliche Grundschulen sollen erhalten bleiben. Die Möglichkeiten für ganztägigen Aufenthalt und Betreuung in der Schule bedürfen der Erweiterung. Die PDS erstrebt perspektivisch eine Schule, die Grund- und weiterführende Stufen vereint und vor allem auf unterschiedliche Bildungsbedürfnisse und Neigungen flexibler reagiert. Diese Schule soll allen Mädchen und Jungen von der ersten Klasse an die Chance bieten, sich umfassendes Wissen und soziale Kompetenz anzueignen. Sie soll vielgestaltige Möglichkeiten

weiterführender Bildung einschließlich des Erwerbs der Berechtigung zum Hochschulzugang gewährleisten.

Gerechte und ausgewogene Leistungsbewertung von Schülerinnen und Schülern ohne negativen Leistungsdruck erfordert unseres Erachtens eine Reform der Gewichtung von Noten und verbaler Leistungsbewertung.

Die PDS tritt dafür ein, daß Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen und deren Erziehungsberechtigte die Betreuungs- und Schulform frei wählen können. An allen öffentlichen Schulen sind bei Bedarf die Voraussetzungen zur Integration zu schaffen. Alle Einrichtungen mit sonderpädagogischer Betreuung sind personell und materiell gut auszustatten.

Das Recht auf Bildung schließt die Pflicht des Staates zur bedarfsgerechten, stabilen und dauerhaften Finanzierung ein. Die Kommerzialisierung des Bildungswesens lehnen wir ab.

Zu einer demokratischen Schule gehört die Mitbestimmung aller Beteiligten. Deshalb sind Eltern-, Schülervvertretungen und Lehrerkonferenzen mit mehr und exakt bestimmten rechtlichen Kompetenzen auszustatten. Schulkonferenzen sollen zur Hälfte aus Schülerinnen und Schülern bestehen. Demokratisierung bedeutet auch, das Prinzip der Wählbarkeit auf Zeit im Bildungswesen einzuführen und die Leitungstätigkeit auf kollegialer Grundlage zu organisieren. Die PDS wird sich im Kampf für solche Reformen der Senkung des Bildungsniveaus, dem Personalabbau und der Rotstiftpolitik entschieden entgegenstellen.

Wissenschaft und Forschung fördern

Hochschulen, Wissenschaft und Forschung prägen mit ihren Arbeitsergebnissen das Leben der Gesellschaft umfassender und tiefgreifender als je zuvor. Die Finanzierung der Hochschulen bleibt Verantwortung und Aufgabe von Bund und Ländern, sie darf nicht auf "Einwerbung von Drittmitteln" aus der Wirtschaft abgeschoben werden, womit

die Hochschulen der Vermarktung ausgeliefert werden. Die PDS unterstützt die Proteste der Studierenden gegen die Privatisierung der Bildungsfinanzierung.

Die Hochschulen brauchen ausreichende, das heißt höhere Finanzierung, damit die Zahl der Studienplätze und die Ausstattung mit wissenschaftlichem Personal, Büchern und wissenschaftlichen Geräten der Zahl der Studierenden entspricht.

Die PDS hält eine demokratische Veränderung der Hochschulen für dringend nötig. Sie tritt für die Gleichstellung der Hochschulangehörigen ein, zumindest für die viertelparitätische Besetzung der Gremien, um die absolute Mehrheit der Professorinnen und Professoren in den Hochschulgremien zu überwinden. Zudem fordert sie Kontrollmöglichkeiten gesellschaftlicher Gruppen (Kuratorien) in bezug auf Haushalt, Struktur, Forschung und Lehre, ohne die Selbstverwaltungsrechte der gewählten Hochschulgremien dadurch einzuschränken. Diese Kuratorien sind paritätisch durch Vertreterinnen und Vertreter aller Statusgruppen der Hochschulen und von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Parteien und zum Beispiel Frauen- und Umweltverbänden zu besetzen.

Um den Anteil von Frauen zu erhöhen, sind weitergehende Frauenförderungsmaßnahmen notwendig. Dazu zählen Frauenquoten bei der Besetzung von Nachwuchsstellen und bei Berufungen, die Erweiterung der Rechte von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

Unerlässlich ist die Einrichtung von Verfaßten Studierendenschaften mit politischem Mandat, Satzungs-, Beitrags- und Finanzhoheit. Wir halten an der Öffnung der Hochschulen und dem freien Zugang zur Hochschule fest. Daraus ergibt sich unsere Forderung nach elternunabhängiger, am Bedarf orientierter Studienfinanzierung, nach erweiterten Möglichkeiten des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte, für Fachabiturientinnen und -abiturienten. Zugangshemmnisse jeglicher Art, insbesondere hochschulinterne Auswahlverfahren, Benachteiligungen für ausländische Studierende und Studiengebühren in jeder Form lehnt die PDS ab.

Die starre Struktur der Studien- und Prüfungsordnungen verhindert individuelle Planbarkeit des Studienverlaufs. Deshalb sollen der Pflichtkanon der Studienordnungen redu-

ziert, interdisziplinäre Lehr- und Forschungsansätze gefördert und Prüfungen, die nur Fakten abfragen, eingeschränkt werden.

Im Sinne der Gesamthochschulidee wollen wir, daß Fachhochschulen und Universitäten einander auf jeweils höchstem Niveau angeglichen werden. Erste Schritte dazu sind das Promotionsrecht und der Forschungsauftrag für Fachhochschulen, die Gleichstellung der Abschlüsse und die Vereinfachung des Studienwechsels von Fachhochschulen zu Universitäten und umgekehrt. Jeder Studiengang sollte neben hohen Ansprüchen an die Wissenschaftlichkeit praxisorientiert sein.

Die Forschungsförderung soll nach Kriterien erfolgen, die am Erkenntniszuwachs und am Nutzen für die Allgemeinheit, insbesondere an der Lösung sozialer und ökologischer Probleme, orientiert sind. Hierzu ist besonders der Beitrag der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften einzufordern. Rüstungsforschung an Hochschulen wird eingestellt, noch laufende Forschungen sind öffentlich zu machen. Die Hochschulen haben die Pflicht und sollen deswegen das durch Bundesrahmengesetz geregelte Recht erhalten, sich wirkungsvoll an der Diskussion über die Bewältigung gesellschaftlicher Schlüsselprobleme zu beteiligen.

Die PDS will eine Reform der verkrusteten Personalstruktur an den Hochschulen. Die Stellung des sogenannten Mittelbaus muß neu bewertet werden. Hierzu gehört vor allem, persönliche Abhängigkeiten aufzubrechen und sichere Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Wir schlagen vor, den Status von Beamtinnen und Beamten auslaufen zu lassen. Alle Beschäftigungsverhältnisse im Wissenschaftsbereich sind tarifvertraglich zu regeln.

Ein Sonderprogramm zur Förderung von Forschung und Technologie in Ostdeutschland halten wir für unerlässlich. Hier klafft derzeit eine nicht zu verantwortende Lücke, da fast zwei Drittel des früheren wissenschaftlichen Personalbestands "abgewickelt", in der industriellen Forschung gegenüber 1989 sogar mehr als vier Fünftel der Arbeitsplätze vernichtet wurden.

Von der Informations- zur informierten Gesellschaft

Massenmedien, besonders die neuen interaktiven Medien, bieten die Chance, gesellschaftliche Information und Kommunikation zu fördern, die der Erhaltung und Erweiterung der Demokratie dienen. Sie bewirken weitgehende gesellschaftliche Veränderungen und neue Produktionsweisen, die viele neue Fragen aufwerfen. Doch die Unterwerfung der Medien unter das Profitprinzip verdrängt ihren Bildungs- und Kulturauftrag. Informationen verkommen zur Ware. Wir halten es für geboten, in allen Medienbereichen öffentlich-rechtliche Anbieter zu schaffen und zu erhalten. Sie sollen dem Einfluß der großen Wirtschaftsunternehmen entzogen werden. Die öffentlich-rechtlichen Medien dürfen nicht weiter personell abgebaut und durch Ausgliederung von redaktionellen und technischen Bereichen zerstört werden. Die PDS setzt sich für die Verschärfung der Kartellgesetze und für die Lizenzierung unabhängiger Fensterprogramme ein, um mediale Macht zugunsten von Pluralität und Vielfalt einzuschränken. Neue, nichtkommerzielle Anbieter, alternative Printmedien, alternative Fernseh- und Hörfunkprojekte bedürfen der Förderung.

Die PDS vertritt ein triales Rundfunksystem, das aus nichtkommerziellen, öffentlich-rechtlichen und kommerziellen Anbietern besteht. Wir halten das öffentlich-rechtliche Prinzip keinesfalls für überholt, aber für reformbedürftig. Der Einfluß der Parteien und Regierungen auf den gebührenfinanzierten Fernseh- und Hörfunk soll gemindert, gesellschaftlichen Organisationen wie Gewerkschaften, Sozialverbänden etc. dagegen mehr Mitsprache eingeräumt, die gleichberechtigte Teilhabe aller garantiert werden. Die innere Demokratie der öffentlich-rechtlichen Anstalten soll, unter anderem durch Redaktionsstatute, gestärkt werden. Gremien wie Rundfunk- und Medienräte sollen öffentlich tagen. Innere und äußere Zensur lehnen wir ebenso ab wie andere Eingriffe in journalistische Rechte.

Mit der Zunahme der Zahl kommerzieller Fernseh- und Hörfunksender stieg und steigt die Nachfrage nach der begrenzten Anzahl von Rechten, etwa beim Sport und bei Filmen. Damit werden Preise in die Höhe getrieben und Rundfunkgebühren teurer. Andererseits beziehen die Rundfunkteilnehmerinnen und -teilnehmer nur scheinbar die Angebote der kommerziellen Sender kostenlos. Diese Unternehmen finanzieren sich durch Werbung, deren Kosten auf die Warenpreise aufgeschlagen werden. Die PDS hält aus diesen Gründen eine spezielle Besteuerung der Wirtschaftswerbung für erforderlich, um damit werbefreie Medien zu unterstützen.

Die Trennung der Gesellschaft in Menschen mit und Menschen ohne Zugang zu den neuen Medien verspielt die Chancen und mehrt die Risiken dieser Medien. Die PDS verlangt daher unter anderem den freien Zugang zum Internet, zu persönlichen E-mails, freie Terminals in Schulen, Volkshochschulen, Biblio-

theken und Rathäusern. Sie tritt für das Recht ein, Informationen zu verschlüsseln und sie damit, analog zum Briefgeheimnis, dem unerwünschten Zugriff Dritter zu entziehen.

4. Für eine zukunftsfähige und zivile Gestaltung der internationalen Beziehungen

Wir leben in einer Welt, deren Geschicke eng wie nie miteinander verflochten sind. Verantwortungsbewußte Politik muß daher kosmopolitischen Charakter haben, muß internationale Entwicklungsprozesse im Denken und Handeln einschließen.

Die PDS ist nicht bereit, vor den größer gewordenen Schwierigkeiten und vor einem Zeitgeist, zurückzuweichen, der beständig Sachzwänge beschwört und der immer mehr Menschen und politische Kräfte veranlaßt, unter Berufung auf einen angeblichen Realismus vor den gewaltigen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu resignieren und eigene Positionen wie Lebensvorstellungen aufzugeben.

Erstens sind entschiedene nationalstaatliche und internationale Anstrengungen zur Abwendung einer globalen ökologischen und sozialen Katastrophe unaufschiebbar. Die markt- und machtbesessene Deregulierungspolitik des Nordens, der internationalen Konzerne, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) ist nirgendwo so zerstörerisch wie im Süden, und die offizielle "Entwicklungspolitik" ist dafür nicht selten Wegbereiter. Das Recht der Völker in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa auf eigenständige, selbstbestimmte und alternative Entwicklungsmöglichkeiten darf nicht länger mißachtet werden.

Zweitens sehen wir es als Pflicht an, Krieg und militärische Gewalt zu ächten, vollständige Abrüstung und eine zivile, gemeinsame Gewährleistung der Sicherheit anzustreben. Dazu gehört, daß die Bundesrepublik zur ungeteilten Verwirklichung der Menschen- und Bürgerrechte und zur Überwindung der ungeheuren sozialen Spaltungen und der Bedrohungen der natürlichen Umwelt auf der Erde beiträgt. Wir bleiben bei un-

serer Ablehnung der NATO und wenden uns gegen ihrer Erweiterung und Ausrichtung auf weltweite Militäreinsätze.

Drittens wollen wir eine gleichberechtigte Zusammenarbeit aller europäischen Staaten und Völker, die Schaffung eines Systems kooperativer Strukturen. Dafür sind die grundlegende Demokratisierung der Europäischen Union, die Förderung transparenter und demokratischer Entscheidungsprozesse und die aktive Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Gestaltungsprozesse unabdingbare Voraussetzung. Hier sieht die PDS einen entscheidenden Schwerpunkt für eine aktive Einflußnahme auf den europäischen Integrationsprozeß.

Erstens: Alternativen zum globalen Neoliberalismus

Die Internationalisierung des gesellschaftlichen Lebens sehen wir als eine große Chance an, Nationalismus zurückzudrängen und den kulturellen und materiellen Reichtum der Erde in einer solidarischen Ordnung für alle Menschen zu erschließen. Im Gegensatz dazu wirkt die weit vorangeschrittene wirtschaftliche und vor allem finanzpolitische Globalisierung neoliberaler Prägung jedoch der Demokratisierung und Zivilisierung der internationalen Entwicklung entgegen. Die souveräne Gleichheit der Staaten und die Selbstbestimmung der Völker werden untergraben und den Interessen globaler Kapitalverwertung unterworfen. Das ist eine wachsende Gefahr für die politische und insbesondere für die demokratische Gestaltbarkeit dieser Prozesse.

Alternative Politik kann nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, den neokonservativen Angriff gegen die Fundamente des Sozialstaates und die Demokratie in Deutschland und in der Europäischen Union abzuwenden, der den sozialen Zusammenhang der Gesellschaft und die globale Ökosphäre zu zerstören droht: Mit Verweis auf die reale harte Konkurrenz auf den Weltmärkten wird die Globalisierung zum unausweichlichen Handlungszwang hochstilisiert. Die Sicherung des Standortes verlange gestärkte Wettbewerbsmacht, das heißt, die Gewinne der Großunternehmen durch immer neue Opfer der Erwerbsabhängigen und sozial Schwachen und durch einen internationalen Ver-

drängungswettbewerb zu erhöhen. Daß dies unumgänglich sei und die aufgestauten Probleme allein von den Selbststeuerungskräften der Weltmärkte gelöst werden könnten, ist ein Mythos. Er ist das Markenzeichen des Neoliberalismus, mit dem die sozialen Grausamkeiten und die ökologische Untätigkeit der Regierungskoalition legitimiert werden. Diese Politik ist ganz und gar nicht alternativlos.

Die Herausforderungen der globalen Gefahren beantworten

Globalisierung fordert vor allem zur Auseinandersetzung mit existentiellen globalen Gefahren heraus. Ziel muß es sein, die erdumspannende Gefährdung der Umwelt, die mit Unterbeschäftigung, Hunger, Elend und Umweltzerstörung verbundene Unterentwicklung großer Teile der Erde, Krieg und Gewalt zu überwinden. Wir treten für die bisher weitgehend versäumte Realisierung der 1992 in Rio beschlossenen Agenda 21 in der Bundesrepublik und für eine solidarische Weltwirtschaftsordnung ein. Wir fordern die internationale und europäische Vereinbarung von sozialen und ökologischen Mindeststandards. Sie müssen in einem komplexen Prozeß durchgesetzt und für die in Unterentwicklung gehaltenen Länder so ausgestaltet werden, daß ihr Weltmarktzugang nicht noch weiter beeinträchtigt wird und eigenständige und alternative Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet werden.

Besonders dringlich ist es, Hunger und Verelendung in weiten Teilen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu überwinden. Eine Klimakatastrophe muß durch die radikale, weit über die Verhandlungsergebnisse von Kyoto hinausgehende Senkung des Ausstoßes von CO₂ und anderer Schadstoffe verhindert werden, damit die biologische Vielfalt auf der Erde erhalten bleibt. Voraussetzungen dafür sehen wir insbesondere in einer konsequenten Umorientierung bisheriger Entwicklungspolitik, die nicht länger vom Grundsatz einer "mechanischen" Wiederholung des westlichen Zivilisationsmodells ausgeht. Die ärmsten Länder sollen umfassend entschuldigt werden. Der Ressourcentransfer, der primär von den armen und ärmsten Staaten zu den reichsten verläuft, muß umgekehrt werden. Von der nächsten Bundesregierung erwarten wir diesbezüglich wirksame Schritte und die Erhöhung der "Entwicklungshilfe" auf die zugesagten 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts. Auch für ihre Verwendung dürfen nicht länger die Kriterien der kapitalistischen Metropolen, der Welthandelsorganisation, der Weltbank und des IWF, sondern die einer selbstbestimmten, eigenständigen, sozial und ökologisch geprägten Entwicklung gelten. Die Zoll- und Marktbarrieren der EU und der anderen Wirtschaftsmächte des Nordens gegenüber den "Entwicklungsländern" müssen abgebaut und de-

ren Instrumente zum Schutz gegen den globalen Marktradikalismus gestärkt werden (Präferenzbedingungen für Exporte und eigenständige Importregeln).

Zukunftsfähige Wirtschaftsorientierung

Verantwortbare internationale Wirtschaftsbeziehungen erfordern unter anderem die konsequente Förderung von technologischen und sozialen Innovationen. Ökonomische Kriterien (etwa effiziente Wertschöpfung, Absatzfähigkeit durch hohe Qualität der Produkte) wollen wir in ökologische und soziale Ansprüche einordnen und auch für die Verringerung der Nord-Süd-Polarisation nutzen. Weltweit muß eine Umorientierung von vorwiegend arbeitssparenden zu vorwiegend energie- und ressourcensparenden Technologien und Gütern erreicht werden (Langlebigkeit, Wiederverwendbarkeit, Reparatur- und Kreislauffähigkeit). Wir setzen uns für vorsorgende Umwelttechnologien anstelle nachsorgender Beseitigung bzw. Verringerung von Umweltschäden ein.

Um die gefährliche Entfesselung spekulativer Weltfinanz- und Aktienmärkte zu stoppen, unterstützen wir die Forderung nach der Besteuerung der internationalen Devisen- und Aktienumsätze (Tobin-Steuer). Die zur Verfügung stehenden Mittel aus einer solchen Steuer sollten primär über die UNO für internationale Entwicklungsprojekte eingesetzt werden.

Globalisierung durch Regionalisierung

“Global denken – lokal handeln” heißt die Alternative zur puren Weltmarktexpansion. Regionalentwicklungskonzepte, erarbeitet unter breiter öffentlicher Beteiligung, sollen Möglichkeiten und Wege zum Ausbau regionaler und lokaler Wirtschaftsstrukturen erschließen und dazu beitragen, in bürgernaher Weise ökonomische Effizienz mit hohen Sozial- und Umweltstandards zu verbinden. Die stärkere Orientierung der Wirtschaft auf die Binnennachfrage hat besondere Bedeutung, dem Wettlauf um Lohn- und Sozialabbau als angebliche Bedingung für erfolgreiche Weltmarktexpansion entgegenzuwirken. Solche Strukturen zielen nicht auf illusionären Ausstieg aus einer modernen Wirtschaft, sondern haben - vernünftig mit sinnvoller internationaler Arbeitsteilung kombiniert - reale Chancen. Selbst große Unternehmen sind abhängig von territorialer Infrastruktur, von Bildungs- und Qualifikationspotentialen, Gesundheitseinrichtungen, alltäglichen Dienstleistungen und nicht zuletzt von kulturellen Faktoren. Umweltzerstörender Ferntransportverkehr statt Ausschöpfung örtlicher Wirtschaftsressourcen ist auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten. Seine direkte oder indirekte Subventionierung soll abgeschafft werden. Beschäftigungspolitik und kommunale Demokratie bedürfen der Bündelung lokaler bzw. regionaler Wirtschaftspotentiale und ihrer Profilie-

rung. Die Entfaltung eines gemeinnützigen Sektors auch auf regionaler Ebene sehen wir als eine wichtige Möglichkeit, dringliche gemeinnützige Daueraufgaben zu realisieren, den human orientierten Dienstleistungsbereich umweltschonend und beschäftigungswirksam zu erweitern und durch Stärkung des regionalen Binnenmarktes die wertschöpfende Wirtschaft zu revitalisieren. Wir treten für die Förderung eines Netzwerkes von Initiativen ein, die eine Lokale Agenda 21 realisieren, die Entwicklung zukunftsfähiger Produkte und Fertigungsverfahren unter Ausschöpfung aller regionalen und lokalen Potentiale zum Ziel haben und die geeignet sind, Demokratie von unten zu entfalten.

Zweitens: Entmilitarisierung der Außenpolitik

Seit 1990 ist durch die Bundesregierung und den Bundestag, in nicht wenigen bedeutsamen Fragen auch ohne parlamentarische Beschlüsse und ohne öffentliche Diskussion, eine folgenschwere Veränderung der Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik der Bundesrepublik betrieben worden. In ihrem Kern ist diese Veränderung durch Tendenzen einer neuen Großmachtpolitik Deutschlands und einer Militarisierung der Außenpolitik gekennzeichnet.

Wir nehmen diese Entwicklung nicht hin. Wir wollen vielmehr zivilen Alternativen wieder stärker öffentliches Gehör und politische Geltung verschaffen. Die PDS ist eine antimilitaristische und konsequente Antikriegspartei. Sie stellt sich jeglicher militaristischen Propaganda, der Verherrlichung von Krieg, militärischer Gewalt und jeder Form von Völkerhetze, Nationalismus und Rassismus entgegen. Aus diesem Grunde lehnt sie auch öffentliche Gelöbnisse (Vereidigungen) grundsätzlich ab. Verbänden, die nationalistische Ziele verfolgen und die zum Teil noch heute in ihren Satzungen ein Deutschland in den Grenzen von 1937 fordern, sind alle staatlichen Zuschüsse für ihre Tätigkeit zu streichen.

Internationale militärische Einsätze der Bundeswehr, ihre Umrüstung zu einer international offensivfähigen Streitmacht, neue Rüstungsvorhaben wie der "Eurofighter" oder die deutsch-französischen militärischen Weltraumprogramme, Rüstungsexporte und militärische "Entwicklungshilfe" (z.B. Waffenexporte in das NATO-Mitgliedsland Türkei), Beschlüsse zur NATO-Erweiterung und zum Ausbau der Westeuropäischen Union (WEU)

als militärischer Arm der EU werden auch im 14. Deutschen Bundestag keine Stimmen der PDS erhalten. Wir fordern den sofortigen Rückzug der Bundeswehr vom Balkan. Alle Kernwaffen und kernwaffenfähigen Trägermittel sollen auf deutschem Boden beseitigt werden.

Die NATO war und ist ein Produkt des kalten Krieges. Anstatt sich selbst nach 1990 in Frage zu stellen, wird sie als "Neue NATO" heute als Militärallianz des reichen Nordens zur machtpolitischen Kontrolle des gesamten Erdballs aufgebaut. Wir halten ihre Auflösung parallel zum Ausbau kollektiver und nichtmilitärischer Sicherheitsstrukturen für zeitgemäß. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die UNO und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als wirksame internationale bzw. europäische Sicherheitssysteme ausgestaltet und demokratisch reformiert werden. Die Friedensforschung und Friedenserziehung in der BRD sowie präventive Konfliktvorbeugung müssen strukturell und finanziell grundlegend gestärkt werden.

Die Wehrpflicht und andere Zwangsdienste lehnen wir ab. Ihre Abschaffung kann und soll Bestandteil eines langfristigen, vollständigen Abrüstungsprozesses sein. Dieser Prozeß muß schrittweise unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Konversionserfordernisse gestaltet werden, ohne daß auf diesem Weg eine Berufsarmee entsteht. Zunächst geht es um eine schnelle Reduzierung der Bundeswehr auf 150 000 Soldaten (durch Abschaffung der Wehrpflicht und Auflösung der Krisenreaktionskräfte), um den Verzicht auf offensivfähige Rüstungen und Rüstungsexporte sowie um den Beitritt Deutschlands zu einer europäischen kernwaffenfreien Zone. In diesem Prozeß werden Bevölkerung und Angehörige der Bundeswehr die Erfahrung machen, daß es nicht zu einem Sicherheitsverlust für die BRD und die internationale Gemeinschaft kommt, sondern zu wirtschaftlichem, sozialem, ökologischem und Sicherheitsgewinn. Nach unserer festen Überzeugung wird die gesellschaftliche Erkenntnis entstehen, daß nationale Streitkräfte für die Gewährleistung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr erforderlich sind. Eine solche Politik ist sicherheitspolitisch möglich. Diese Erde braucht sie.

Drittens: Für eine Demokratische Europäische Union

Als europäische sozialistische Partei befürwortet die PDS die europäische Integration und setzt sich für sie ein. Wir wollen ein Europa, das friedlich, sozial gerecht, demokratisch und umweltbewahrend ist, mit Weltoffenheit und offenen Grenzen, ein Europa ohne Nationalismus und Fremdenhaß, das sich als Teil dieser einen Welt versteht, für sie verantwortlich fühlt und sie gemeinsam mit den Völkern und Staaten der anderen Kontinente gestaltet. Alle Chancen für eine demokratische Europäische Sozial- und Umweltunion müssen genutzt werden. Die Verträge von Maastricht und Amsterdam haben die Bedingungen dafür verschlechtert und keine wirklichen Fortschritte bei der notwendigen Demokratisierung der Europäischen Union gebracht.

EURO-Einführung untergräbt den Sozialstaat

Die auf dem Maastrichter Vertrag und dem sogenannten Stabilitätspakt basierende Europäische Währungsunion wird weder von einer Sozialunion noch von einer aktiven europäischen Arbeitsmarktpolitik begleitet. Sie bedeutet statt dessen einseitige Orientierung auf Geldwertstabilität und erhöhte Kapitalgewinne. Eine Einführung des EURO, die nicht an konkrete Verpflichtungen zur Erhöhung des Beschäftigungsniveaus und zur Sicherung sozialer und ökologischer Standards gebunden ist, bringt in den Mitgliedstaaten der EU die Gefahr stetigen Sozialabbaus sowie weiterer Vernichtung von Arbeitsplätzen mit sich und treibt ihre Bürgerinnen und Bürger in einen Niedriglohnwettbewerb gegeneinander. Die Schaffung einer übermächtigen Europäischen Zentralbank ohne politische oder gar demokratische Kontrolle, die Spaltung der Europäischen Union in Mitglieder und Nichtmitglieder der Währungsunion sowie die verstärkte Abschottung gegenüber Staaten außerhalb der EU sind weitere, für uns gewichtige Gründe, den EURO, so wie er vorgesehen ist, abzulehnen. Die mit dem EURO à la Maastricht verbundene Absicht, deutsche Dominanz in der EU zu zementieren, zeigt, daß ein politischer Richtungswechsel in Deutschland überaus bedeutsam ist für eine Neuausrichtung der Wirtschafts- und Währungsunion auf Beschäftigung, soziale Sicherheit und zukunftsfähige Entwicklung.

Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit in Europa

Europa braucht die Wende in der EU-Politik. Die PDS setzt sich dafür ein, den Vertragsgrundsatz "einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" zugunsten eines sozialen Gemeinschaftsauftrages der EU zu verändern. Eine neue Art der Vollbeschäftigung und die Bewahrung und Weiterentwicklung des europäischen Sozialstaatmodells - das sind Hauptaufgaben bei der Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses. Die Wirtschafts- und Währungsunion muß in diesem Sinne korrigiert und durch eine Beschäftigungs- und Sozialunion ergänzt werden.

Europa braucht eine europäische Beschäftigungsstrategie mit überprüfbaren Konvergenzkriterien und quantitativen Zielen. In ihrem Mittelpunkt muß die Aufgabe stehen, Beschäftigung zu sichern und neue dauerhafte und auf den ökologischen Umbau der Gesellschaft gerichtete Arbeitsplätze zu schaffen, die tariflich abgesichert sind und den gleichberechtigten Zugang von Frauen und Männern fördern. Wir treten dafür ein, der EU vertraglich die Kompetenz zu übertragen, soziale und Beschäftigungsfragen durch regulierende Eingriffe in den Marktmechanismus zu steuern.

Es ist dringend geboten, daß sich die EU-Mitgliedstaaten verbindlich verpflichten, das gegenwärtige Niveau nationaler Sozialstandards nicht weiter abzubauen und gemeinsam ein qualitativ höheres Niveau sozialer Leistungen anstreben.

Die Wirtschafts-, Industrie-, Struktur-, Finanz- und Steuerpolitik muß der Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Umweltpolitik untergeordnet werden. Deshalb ist auf EU-Ebene eine Harmonisierung der Steuerpolitik und des Abgabenrechts notwendig, die insbesondere die Erhebung einer grenzüberschreitenden Quellensteuer für Kapitaleinkünfte und die Einführung einer europäischen Öko-Steuer vorsieht sowie Steueroasen und Steuerflucht beseitigt. Die EU-Fonds sollen zugunsten beschäftigungsfördernder Maßnahmen umgeschichtet und die Strukturpolitik unter diesem Gesichtspunkt geöffnet werden. Wir wollen in der EU ein öffentliches Investitionsprogramm, das den ökologischen Umbau der Verkehrssysteme und der Energieversorgung sowie die Schaffung transeuropäischer Informationsnetze unterstützt. Auf europäischer Ebene sollte eine verbindliche Rahmenrichtlinie zur Verkürzung der Arbeitszeit verabschiedet werden. Wir setzen uns dafür ein, daß die Mitbestimmungs-, Informations- und Schutzrechte der Beschäftigten

vereinheitlicht und erweitert werden und ein europäisches Rahmengesetz zum Arbeits- und Tarifrecht und zur Arbeitsgerichtsbarkeit erarbeitet wird. Überfällig ist die Stärkung der Rechte der Gewerkschaften. Dazu gehört, daß das grenzüberschreitende Streikrecht umgehend vertraglich garantiert wird.

Die Demokratisierung der Europäischen Union

Die Entwicklung in Europa erfordert eine grundlegende Demokratisierung der Europäischen Union, transparente und demokratische Entscheidungsprozesse in Politik und Wirtschaft und die aktive Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger. Seit Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages bestimmen und gestalten politische und wirtschaftliche Eliten weitgehend außerhalb demokratischer Kontrolle noch stärker den Prozeß der europäischen Integration. Die Entscheidung über die EURO-Einführung, die in den nächsten Jahren anstehenden Reformen im Bereich Agrar-, Struktur- und Finanzpolitik der EU und die Erweiterung der EU nach Osten und Süden haben tiefgreifenden Einfluß auf das Leben der Menschen in Europa. Deshalb ist die aktive Mitgestaltung dieser Prozesse durch sie unverzichtbar. Dies erfordert zuerst eine Demokratisierung aller Politikbereiche in der EU, eine Demokratisierung der Institutionen und Strukturen, einschließlich der Gewährleistung der Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments, die Stärkung der Mitwirkungsrechte für die nationalen Parlamente. Ein wichtiger Schritt der weiteren europäischen Integration und ihrer Demokratisierung kann und sollte die Erarbeitung und breite Diskussion einer Europäischen Verfassung sein. Sie muß durch Volksentscheide in den EU-Mitgliedsländern beschlossen werden.

Unabhängig davon treten wir für die Aufnahme eines Grundrechtekatalogs in den EU-Vertrag und die Erarbeitung einer umfassenden Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetzgebung ein, weil die individuellen und sozialen Grundrechte für alle in der EU lebenden Menschen nur dann wirksam geschützt und garantiert werden können, wenn sie rechtlich einklagbar sind. Wir wollen direkte Mitgestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger, z. B. durch Volksentscheide in allen EU-Mitgliedstaaten bei grundlegenden Beschlüssen zur Ausgestaltung der EU. Die Mitsprache-, Mitgestaltungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten für Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und gesellschaftliche Kräfte müssen erweitert bzw. vielfach überhaupt erst

durchgesetzt werden. Die PDS fordert die vollständige Durchsetzung einer direkten parlamentarischen Kontrolle der europäischen polizeilichen Zusammenarbeit. Auch EU-weite Kriminalitätsbekämpfung muß dem Schutz von Grund- und Menschenrechten verpflichtet sein.

Die mit dem Maastrichter Vertrag beschlossene Politische Union muß zivile, soziale und ökologische Inhalte erhalten. Bereits 1999 sollte das Europäische Parlament nach einem einheitlichen Verhältnis-Wahlrecht ohne Sperrklausel gewählt werden. Wir wollen ein offenes Europa und werden allen Versuchen Widerstand entgegensetzen, die Europäische Union gegen den Süden und Osten abzuschotten oder mit Konzepten eines "Kerneuropas" machtpolitische Spaltungen zu betreiben. Zur demokratischen Entwicklung Europas gehört die Schaffung gleichberechtigter Möglichkeiten für alle EU-beitrittswilligen Staaten, von Anfang an in die Entscheidungsprozesse über ihre künftige Mitgliedschaft einbezogen zu werden. Die Erweiterung der EU setzt allerdings die grundsätzliche Reform der bisherigen Europäischen Union selbst voraus.

Die Bundesrepublik Deutschland braucht eine neue Politik. Eine Politik wirklicher Veränderungen statt halbherziger Korrekturen. Die PDS will, die PDS wird dazu beitragen.

Die PDS hat in den vergangenen Jahren zahlreiche programmatische Standpunkte zu konkreten Fragen diskutiert und veröffentlicht, so z. B.:

Positionen der PDS zu einer sozialen und ökologischen Steuerreform. In: Beiträge zur Wirtschaftspolitik. Heft 1/1997.

Positionen der PDS zur Wirtschaftspolitik. In: Beiträge zur Wirtschaftspolitik. Heft 3-4/1997.

Nachhaltige Entwicklung - soziale und politische Konsequenzen. In: Grundsatzkommission der PDS. Schriften zur Diskussion. Berlin, 1996.

Alternativen sind möglich. Stellungnahme zum Kirchenwort "Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit". Grundsatzkommission. Berlin, 1997.

Ostdeutschland - Herausforderung und Chance. Beschluß des Parteivorstandes der PDS. Berlin, 1996.

Veränderung von unten. Sozial und solidarisch, demokratisch und antimilitaristisch. Politische Aufgaben der PDS 1996 bis 1998. Magdeburger Parteitag vom Januar 1996. In: DISPUT 2/1996.

Warum die PDS NEIN zu diesem EURO sagt! Momentaufnahmen, Bilanzen und Prognosen. Berlin, 1997.

Radikal in die Zukunft, anstatt auf der Stelle treten! Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft "Junge GenossInnen". Berlin 1997.

Wohnungspolitische Leitlinien der PDS. In: DISPUT 2/1996.

Kommunen stärken, Gesellschaft von unten verändern. Kommunalpolitische Konferenz der PDS. Kommunalpolitischer Rundbrief 8/1997. Bonn, 1997.

Thesen zur Entwicklungspolitik. In: DISPUT 3/1996.

Standortdebatte - Positionen der PDS. In: Beiträge zur Wirtschaftspolitik. Heft 5/ 1995.

Aufbruch zu sozialer Gerechtigkeit. Fünf-Punkte-Programm für soziale Gerechtigkeit. In: PID 3/1996.

Die soziale Frage. Gestern, heute und morgen. Zwischen Armut und Reichtum. Bonn 1996.

Zur sozialen Lage von Studierenden und weitere Schritte von PDS-Politik im Hochschulbereich. In: PID 30/96.

Positionen der PDS zur Berufsausbildung. In: PID 30/1996.

Thesen zur kommunalen Umweltpolitik. In: PID 31/1996.

Sicherheit und Abrüstung. Vorschläge und Forderungen der PDS. In: PID 31 und 32/1996.

Friedlich und antimilitaristisch. Vorstellungen zu nichtmilitärischer, ziviler Sicherheit in Europa. In: PID 36/1996.

Parlamentarische Initiativen der PDS. Aufhebung des PKK-Verbots. In: PID 1-2/1998. Vgl. auch Deutscher Bundestag. Drucksachen 13/4004 vom 7.3.1996, 13/9302 vom 28.11.1997.

Für soziale Sicherung und selbstbestimmtes Leben im Alter. Bonn, 1995.

Energiepolitische Grundpositionen und Hauptforderungen der PDS. In: PID 48/96; Rundbrief 4/1997.

Wohnen ist Menschenrecht. Bonn, 1997.

Der öffentliche Dienst auf dem Prüfstand. Bonn, 1997.

Gebt der Rente eine Chance! Ansätze für eine alternative Rentenreform. Bonn, 1997.

geduldiges dulden oder selbst vertreten? Zur Behindertenpolitik der PDS. Berlin, 1997.

Kommunen stärken – Gesellschaft von unten verändern, Beschluß des Magdeburger Parteitages vom Januar 1996. In: DISPUT 2/1996.

Ohne Landwirtschaft keine gesellschaftliche Zukunft, Agrarkonzept der PDS für eine zukunftsorientierte ländliche Entwicklungspolitik, Bonn, 1996.

Feministische Politik für eine demokratische emanzipierte Gesellschaft. Beschluß des Schweriner Parteitages vom Januar 1997. In: DISPUT 1/1997.

Vorschläge zur Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau. Beschluß des Schweriner Parteitages vom Januar 1997. In: DISPUT 1/1997.

PDS-Positionen für eine soziale und ökologische Reform von Steuern und Abgaben. Beschluß des Schweriner Parteitages vom Januar 1997. In: DISPUT 1/1997

Gewerkschaften und PDS. Beschluß des Schweriner Parteitages vom Januar 1997. In: DISPUT 1/1997

Kleine und mittlere Unternehmen im wirtschaftspolitischen Konzept der PDS. Bonn, 1997.

Heiß auf kalte Verfahren. Zur Auseinandersetzung um die Frage der Behandlung von Restmüll durch Müllverbrennungsanlagen oder mechanisch-biologische Aufbereitung. Bonn, 1997.

Gemeinsam den Ausbau der Zwei-Klassen-Medizin verhindern! PDS-Sozial, 25.11.1996.

Aufbau eine öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Bonn, 1997.

Wohnungsförderung. Reform statt Ausstieg. Vorschlag für eine soziale Wohnungspolitik. Bonn, 1997.

Schule, Berufsbildung, Hochschule und lebenslanges Lernen. Positionen, Forderungen und Vorschläge der PDS zur Bildungspolitik. Berlin 1997.